





# Feine Demokraten!

## Ministerpräsident Paullsen kapituliert vor Hugenberg-Front.

Weimar, 4. Oktober.

Der Vorkriegsrat des Thüringer Landtages beschloß nach einem Vorschlag des Landtagspräsidenten die nächste Landtagsitzung auf Dienstag, den 22. Oktober, anzuberäumen. Es soll in dieser Sitzung der Antrag der vier Rechtsparteien gegen den Young-Plan in Verbindung mit dem kürzlich eingegangenen kommunistischen Antrag gleichen Inhalts verhandelt werden.

Minister Dr. Paullsen erklärte, daß die Regierung zu dem Antrag der Rechtsparteien noch nicht Stellung genommen habe, daß jedoch ihre positive Entscheidung mit Rücksicht auf die Einstellung der Mehrheit der Kabinettsmitglieder zu dem Antrag nicht zweifelhaft sein könne.

Zur selben Angelegenheit wird uns aus Weimar weiter berichtet:

Angefaßt des Antrages der vier Rechtsparteien, — Landbund, Wirtschaftspartei, Deutschnationale und Nationalsozialisten —, wonach durch Landtagsbeschluß die Regierung beauftragt werden soll, im Reichsrat gegen die Befehlsverträge der Reichsregierung betreffend Annahme des Haager Abkommens (Pariser Tributplan) zu stimmen, wäre in einem demokratisch-parlamentarisch geleiteten Staatswesen, dessen Regierungsgeschäfte von einem Minister, der der Demokratischen Partei, und einem zweiten Minister, der der Deutschen Volkspartei angehört, gewiß eine Regierungskrise unvermeidlich gewesen.

Diese Auffassung bestand auch bei denen, die den Thüringer politischen Verhältnissen fern stehen. Eingeweihte dagegen waren

nicht davon überzeugt. Die antragstellenden Rechtsparteien bauten so fest auf die Willfährigkeit der Minister aus dem Reihen der „Demokraten“ und der Deutschen Volkspartei, daß sie es nicht für notwendig hielten, einen Antrag auf Einberufung des Landtags zu stellen, um mit Hilfe der Kommunisten ihren Antrag annehmen zu lassen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat den Versuch unternommen, die Zustimmung des Vorkriegsrats zur Einberufung des Landtags zu erlangen, um so Klarheit zu schaffen.

Nach einer offiziellen Mitteilung der Regierung an die Presse hat sich am 30. September eine Kabinettsitzung mit dem eingangs erwähnten Antrag beschäftigt, obwohl der Punkt nicht auf der Tagesordnung stand. Das Resultat der Beratung lautet: „Zur Klärung der Lage bedarf es eines Beschlusses im Kabinett nicht, denn die Stellungnahme der Regierung steht bereits fest, und zwar im Sinne des Antrages auf Ablehnung des Young-Planes.“

Zur selben Zeit, wo Minister aus den Reihen der Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei diese Feststellung treffen, hatten demokratische Reichstagsabgeordnete, wie Dr. Haas und Ziegler, Vorträge über die Notwendigkeit der Annahme des Young-Planes und gegen das Hugenberg-Votum gehalten. Und die thüringische Presse der Volkspartei veröffentlichte den Dank, den der Reichsausschuß der Volkspartei dem Führer Stresemann für seine Hin- und Herbewegung an die große Sache ausgesprochen hat und nimmt durch Übergabe des Aufrufs der Volkspartei Stellung gegen die „Infamie“ und „das triviale Spiel“ der Hugenberg-Votumsbegehrier.

Diese Regierungskrise des „demokratischen“ und des volksparteilichen Ministers ist nicht zu übertreffen!

## „Die Volkspartei wird frei!“

### Stresemanns Tod als gute Gelegenheit.

Ueber die verhältnismäßig anständige Behandlung des toten Stresemann durch die deutschnationale Presse ist mit Recht erstaunt. Ganz plötzlich ist in dem Landesverräter von gestern „der glühende Deutsche“, der Vertreter der „sittlichen Forderungen in der Politik“, der Mann der „strengsten Pflichterfüllung“ erkannt worden.

Ueber die Erklärung der „Kreuz-Zeitung“, daß die Rechte, — wie ja auch schon zu seinen Lebzeiten (!) — in selbstverständlichem Takt alle irgendwie gearteten Ausfälle, die sich etwa gegen seine Person (!) richteten, unterlassen hat, kann man nur je nach Temperament lächeln oder wegen ihrer abgründigen Heuchelei sich entrüsten.

Was ist es in Wirklichkeit, was die deutschnationale Presse zu dieser auffälligen Haltung veranlaßt? Etwa die Erkenntnis, daß es unklug und gefährlich wäre, sich einer Massenstimmung zu widerlegen, die anlässlich des Todes dieses Staatsmannes elementar durchgebrochen ist? Oder sind nicht vielleicht auch taktische Erwägungen mit im Spiel?

Die Volkspartei feiert Stresemann als ihren großen Toten. Jedes gegen ihn gerichtete Wort würde die Kluft zwischen ihr und ihrer Nachbarin zur Rechten verbreitern. Das aber gerade will man, wie es scheint, wegen der Möglichkeiten, die sich gerade aus Stresemanns Tode ergeben, auf alle Fälle vermeiden.

Am deutlichsten sprechen über solche Hintergründe die „Hamburger Nachrichten“. Sie prägen Kernsätze wie diese: Jetzt ist Stresemann nicht mehr, die Unzufriedenen brauchen auf ihn keine Rücksicht mehr zu nehmen.

Die Volkspartei wird frei, sich wieder nach dort zu orientieren, wohin sie ihrer Bestimmung nach gehört: auf die Rechte.

Verpaßt das deutsche Bürgertum diese Gelegenheit, so hat es wenig Aussicht, in der deutschen Politik eine auch nur einigermaßen bedeutende Rolle zu spielen.

Die „Hamburger Nachrichten“, die stets auf der Diagonale zwischen Volkspartei und Deutschnationalen dahingelitten sind, sehen also im Tode Stresemanns eine Befreiung der Volkspartei und eine günstige Gelegenheit, sie auf ewig ungeteilt mit den Deutschnationalen zu vereinen.

„Hinc illae lacrimae!“ Daher also die Tränen, die die Rechtspresse am Grabe Stresemanns vergießt! Hat man jemals schon ein Krokodil so weinen gesehen?

Aber, was macht man mit dem Volksbegehren zwecks Erklärung Stresemanns zum Landesverräter und ehrlosen Justizhäsler? Läßt man es fallen, so kommt die Spaltung statt in der Volkspartei bei den Deutschnationalen. Hält man es aufrecht, so schweift man die Volkspartei in der Abwehr wieder zusammen. Es wäre denn, daß sich auch ein Teil der Volksparteier der Aktion zur Ehrenerklärung ihres toten Führers anschließen, wofür es mancherorts — zum Beispiel in Thüringen — schon einige Vorzeichen gibt!

Mag sein, daß die Entwicklung, die mit Stresemanns Tod einsetzt, schließlich zum Zusammenschluß der Volkspartei mit den Deutschnationalen führen wird — einstweilen aber wird es ein ganz schönes Durcheinander geben.

## Um die Nachfolge.

### Wer wird Führer des Auswärtigen Amtes?

Ueber die Frage, wer der Nachfolger Stresemanns als Reichsaussenminister wird, werden in der Presse täglich neue Kombinationen verbreitet. Man nennt von den Sozialdemokraten Breitscheid und Hermann Müller, dessen Berufung eine Umbildung des ganzen Kabinetts voraussetzt, vom Zentrum Raas und Birch, aus der Reihe der Diplomaten den Botschafter in Paris, Herrn v. Hoesch.

Einstweilen ist, wie schon gemeldet, der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius mit der Führung der Geschäfte betraut worden, der gleichfalls schon als definitiver Nachfolger Stresemanns genannt worden ist. Die Anhänger dieses Vorschlags begründen ihn mit der guten Arbeit, die Dr. Curtius im ersten Einvernehmen mit Stresemann im Haag geleistet hat, und mit der Notwendigkeit, die Volkspartei auch in Zukunft an die Außenpolitik der bisherigen Mehrheit zu binden.

Für die Belegung des Postens mit einem Sozialdemokraten wird geltend gemacht, daß nur ein Sozialdemokrat das Maß an Vertrauen und Autorität in der Welt

gewinnen könnte, das Stresemann in jahrelanger Arbeit für sich gewonnen hat.

Einstweilen steht nur das eine fest, daß Dr. Curtius das Amt vorläufig verwaltet und daß er es auch während dieses Provisoriums mit seiner eigenen Partei nicht ganz leicht haben wird.

## Erzieher des Bürgertums zur Republik.

### Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ über den Vernunfteuropäer Stresemann.

Wien, 4. Oktober.

In der „Arbeiter-Zeitung“ heißt es: Stresemann hat das deutsche Bürgertum zur Republik erzogen. Er galt als der Bürge und Treuhänder des neuen, friedlichen, republikanischen Deutschland gegenüber Europa. Stresemann war gewiß nur ein Vernunfteuropäer, wie er ein Vernunftrepublikaner war. Dennoch zählt er, wie Briand und Beneß, zu jenen brauchbaren großen Mächtepolitikern, die die Welt bestimmen. So verstand er noch, sich in seiner Außenpolitik die Unterstützung der Sozialdemokraten zu erhalten, und es muß anerkannt werden, daß er auch in der Innenpolitik gegen manche Widerstände in seiner eigenen Partei ein ehrlicher Anhänger der großen Koalition, der Zusammenarbeit mit der großen Partei der deutschen Arbeiterklasse war. Aber wehe, wenn das Werk dieses vernünftigen und modernen Verkünders der bürgerlichen Welt den Ansturm der nationalistischen Borniertheit und der kapitalistischen Reaktion nicht bestehen sollte!

## Das nennt man ein Geschäft!

### Deutsche Frauen, deutsche Treue, deutscher Wein...

Der Zeitschrift des Deutschen Offiziersbundes folgt folgendes Zirkular bei:

Roblentz, den 25. September 1925.

#### IV. Rundschreiben.

An die Mitglieder des Deutschen Offiziersbundes!

Die schönen Tage der Ferien sind vorüber. Auch die meisten Abenteurer sind daheim. Und nun kommt wieder die Zeit der gefälligen Abende im Familien- und Freundeskreise. Reiseerlebnisse werden ausgetauscht, und gerne wird man sich der frohen rheinischen Stimmung und Lieder erinnern. Viele Kameraden werden von den Weinproben am Rheine plaudern, sehr viele von dem Besuche der Kellereien der Gräfin von Königsmarck in Roblentz. Tausende waren in diesem Sommer hier. Tausende haben wir mit den Schätzen unserer Kellergebilde bekannt machen können, konnten sich bei einer Kellerprobe von der Güte unserer Weine überzeugen. Im Gästebuch des Hauses blieb ihr Beluch festgehalten.

Und diese frohen Erinnerungen leben fort bei einem Glase köstlichen deutschen Weins. Weiter wird ein guter Wein Ihre geselligen Abende gemütlicher gestalten und Ihre Feste verschönern. Und so haben wir auch heute wieder für die Mitglieder des Deutschen Offiziersbundes eine Auswahl erstklassiger Weine zusammengestellt, die jeder privaten und festlichen Veranstaltung Rechnung tragen.

Wir bitten Sie auch heute anhängenden Bestellchein mit Ihren Wünschen ausgefüllt uns einzusenden. Sie werden auch diesmal mit uns zufrieden sein, denn der Name „Königsmarck“ auf Etikett und Kork bürgt für Dualität.

Mit deutschem Gruß!  
Gräfin Königsmarck  
Weinkellerei D. S.

An die Gräfin von Königsmarck Weinkellerei (heißt sie nach der „berühmten“ Aurora von Königsmarck?) und den DOB hat offenbar der Dichter Hoffmann von Fallersleben gedacht, als er deutsche Frauen, deutsche Treue und deutschen Wein in eine Zeile brachte.

## Notwehr der Republik.

### Auflösung von nationalsozialistischen Ortsgruppen.

Breslau, 4. Oktober.

Die Ortsgruppen der Nationalsozialistischen Partei in Breslau, Schweidnitz, Waldenburg und Striegau sind auf Grund des § 2 des Reichsvereinsgesetzes mit Rücksicht auf die Vorkommnisse in Schweidnitz am 27. September durch Verfügung des Regierungspräsidenten vom 2. Oktober aufgelöst worden.

Dr. Stresemanns Nachfolger auf der Reichsliste. Auf der Reichswahlliste der Deutschen Volkspartei steht als nächster Kandidat nach Dr. Stresemann Alexander Hagemann (Hildesheim). Hagemann war während der ersten Wahlperiode 1920 bis 1924 Mitglied des Reichstages, wurde 1924 wiedergewählt, unterlag aber bei der Wahl im Jahre 1928. Ob er die Nachfolge Dr. Stresemanns annehmen wird, ist noch nicht bekannt.

und die Weiterentwicklung der kommunalen Betriebe aus sozialen wie aus finanziellen Gründen für die Städte für absolut unentbehrlich erklärt, so müßte das den Gegnern der kommunalen Wirtschaft zu denken geben. Der preußische Innenminister hat den Städten die Unterstützung des Staates für die kommunale Wirtschaft vorbehaltlos zugesagt. Er hat betont, daß die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen einem öffentlichen Bedürfnis entspricht und daß die kommunale Wirtschaft im gleichen Maße wie die private Wirtschaft berechtigt ist, den Kreditmarkt zu beanspruchen, und erneut darauf hingewiesen, daß er jeden Versuch, die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen einzuengen, bekämpfen werde.

Wenn heute von bürgerlicher Seite eindringlich die guten Erfolge der gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen der Vorkriegsperiode gepriesen werden, so übersteht man, daß die Voraussetzungen für die öffentlichen Verkehrs- und Versorgungsbetriebe sich vollkommen geändert haben. Die rein öffentliche Unternehmung besitzt heute in moderner Organisationsform mindestens die gleiche Beweglichkeit wie der gemischtwirtschaftliche Betrieb. Die Willensbildung und Verwaltung der Gemeindeförderung war in der Vorkriegszeit infolge des plutokratischen Klassenwahlrechts ein Monopol der bürgerlichen Oberschicht, die bei der Befriedigung des Massenbedarfs häufig auch gegen den Willen der Bevölkerung die Verbindung mit dem Privatkapital vollzog. In der Praxis hat sich immer wieder gezeigt, daß bei den gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen, selbst bei Beschränkung der öffentlichen Hand, sich der öffentliche Einfluß nicht in dem Maße sicherstellen läßt, daß eine klare gemeinwirtschaftliche Zielsetzung und eine Sicherung der Verbraucherinteressen gewährleistet wird.

Eine wahrhaft weitsehende Kommunalpolitik, die eine engstirnige Kirchturmspolitik ist, wird sich auch der Entwicklung vom „partikularistischen Kommunalwert zum großbezirklichen Großbetrieb“ nicht entgegenstellen. Diese Entwicklung erfordert aber keineswegs eine Auslieferung der Versorgungs- und Betriebsunternehmungen an das Privatkapital, sondern das große regionale Versorgungsunternehmen, dem vielleicht die Zukunft gehört, wird im Zusammenwirken der Kommunen unter Anschluß an die großen Landesversorgungsunternehmen, wie es zum Beispiel auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft heute schon in Preußen und Sachsen geschieht, seine gemeinwirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen haben.

Die kommunale Wirtschaft hat in Zukunft mit verstärkter Gegnerschaft und verstärkten wirtschaftlichen Druckmitteln des Finanzkapitals zu rechnen. So stark auch die neuen Großstadtprobleme und die Bedürfnisse der arbeitenden Massen zu einer Erweiterung kommunaler Wirtschaftstätigkeit drängen mögen, so wird es doch, solange die Kapitalknappheit anhält, geboten sein, neue Projekte nur bei völliger Sicherung der Finanzierung in Angriff zu nehmen. Daneben aber gilt es positiv, alle Hemmungen aus dem Wege zu räumen, die den Städten den freien Zutritt zu den Kapitalmärkten verwehren, und ihnen im Rahmen des Finanzausgleichs die Mittel bzw. Steuerquellen zu sichern, die sie zur vollen Erfüllung ihrer Aufgaben in Anspruch nehmen. Nach der Sanierung der Reichsfinanzen werden ferner auch die öffentlichen Kreditinstitute sich in viel höherem Maße als bisher an der Finanzierung der kommunalen Wirtschaft beteiligen müssen.

So wichtig diese wirtschafts- und kreditpolitischen Maßnahmen für die Kommunalwirtschaft auch sein mögen, so sind doch Fortbestand und Weiterentwicklung der kommunalen Wirtschaft letzten Endes eine Frage der politischen Macht der Arbeiterklasse, eine Frage des Einflusses der wertaktiven Bevölkerung in den kommunalen Gemeindevertretungen und -verwaltungen. Ueber sie wird am 17. November eine bedeutungsvolle Entscheidung gefällt werden.

## Sie starb als Arbeitslose!

### Von der Sowjet-Handelsvertretung gemeldet.

In der rechtskommunistischen Zeitschrift „Bogen den Strom“ finden wir folgenden mit den Initialen H. W. gekennzeichneten Nachruf auf eine Tote, der keines Kommentars bedarf:

„Am Sonntag, dem 29. September, verstarb unsere Genossin Grete Furtan. Sie war eine jener stillen Kämpferinnen für die Sache des Proletariats, die nicht glänzen wollen und nicht viel Worte machen, sondern die mit ihrem nur zu bescheidenen Wesen der kommunistischen Bewegung diene. Es wäre nicht im Sinne der Verstorbener, wenn man ihr jetzt zum Abschluß ihre Verdienste aufzählte. Was sie getan hat als Mitglied der kommunistischen Jugend, der KPD, und der kommunistischen Opposition, was sie in jahrelanger Arbeit als meine Kampfgenossin während der chinesischen Revolution 1925 bis 1927 leistete, selbstlos, ihre Gesundheit und ihr Leben aufs Spiel setzend, war für sie selbstverständlich. Die Liebe zum Befreiungskampf der Unterdrückten war ihr keine Theorie, sondern ihr eigenes Leben selbst. Das Martyrium ihres Vaters während des Kapp-Putsch leuchtete ihr voran. Ihr Anschluß an die KPD-Opposition kostete sie, trotz ihrer Krankheit und des Leidens ihrer Mutter, den Verlust ihrer Arbeit in der Sowjet-Handelsvertretung. Sie wurde arbeitslos und immer wieder aufs Krankenlager gezwungen. Sie starb mit dem Gruß an die Opposition und ihren Kampf!“

## Der Parteitag der Demokraten.

### Koch-Weser klagt über die Parteien und das Wahlrecht.

Mannheim, 4. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei wurde heute eröffnet.

Der frühere Reichsminister Koch-Weser widmete zunächst Dr. Stresemann einen Nachruf. Er sprach dann über die innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland. Er glaubt, daß die Parteien aus der Verfassung von Weimar ein Zerbrochenes gemacht hätten und daß seit dem Jahre 1919 keinerlei Fortschritte gemacht worden seien in der Art, wie Regierung und Reichstag arbeiten. Er griff dann heftig das gegenwärtige Wahlrecht an und prägte dabei den für einen Demokraten erstaunlichen Satz: „Wir ist das alte Wahlrecht immer noch lieber, als das Proportionalwahlrecht, das wir zurzeit haben.“ Schließlich wandte er sich ganz im Sinne des Liberalismus gegen die Ausdehnung staatlicher Betätigung.

Nach Koch sprach Reichsminister Dietrich über die Wirtschaftskonzentration der letzten Zeit. Nach beiden Referaten begann die Aussprache.



# An die Adresse Hugenbergs.

Industrie- und Handelstag für Young-Plan und gegen Volksbegehren.

Am Freitag tagte in Berlin der Hauptauschuss des Deutschen Industrie- und Handelstages, auf dem der deutsche Delegierte bei den Pariser Verhandlungen, der Finanzier Dr. Reichlor, unter größter Spannung der Versammelten die Reparationsfrage behandelte. Seine Ausführungen und die sich anschließende Debatte dürften wohl geeignet sein, die hemmungslose rechtsradikale Agitation gegen den Young-Plan ins rechte Licht zu rücken. Mit dem Hauptauschuss des Industrie- und Handelstages hat sich die deutsche Wirtschaft als Gesamtheit für den Young-Plan als das kleinere Übel entschieden.

Reichlor legte in seinen interessanten Ausführungen die Vorteile und Nachteile des Young-Planes gegenüber der augenblicklichen Regelung auseinander. Unzweifelhaft Vorteile seien die wesentliche Verringerung der geschuldeten Summen, die volle Wiederherstellung der deutschen Souveränität durch Befreiung von allen Kontrollen, der Fortfall der Industriebelastung und die Erhebung des Bahnpfandes durch eine innere Steuer. Der Plan bringe auch die Festsetzung eines bestimmten Endtermins der Zahlungen. Dagegen sei die Frage umstritten, ob die Schuhamah-nahmen des Dawes-Planes oder des Young-Planes wirksamer seien. Der Redner betonte, daß die im Young-Plan vorgesehenen Sicherheitsmaßnahmen nicht nur technisch, sondern auch materiell als die wirksameren anzusprechen wären; sie hätten außerdem den Vorzug, daß sie von der deutschen Regierung nach eigener freier Entscheidung in Gang gebracht werden können und sie die Wiedereröffnung politischer Verhandlungen vorsehen.

Der Hauptnachteil der Pariser Regelung gegenüber dem Dawes-Plan sei die Festsetzung seiner ungefähren Teilannuität. Man müsse aber bedenken, daß das Reparationsproblem nicht ein wirtschaftliches Problem im gewöhnlichen Sinne des Wortes sei, sondern daß es sich bei ihm um einen Schritt auf dem Wege geschichtlich-politischer Entwicklung handele. Deshalb seien die entscheidenden Fragen die, ob der Young-Plan gegenüber dem jetzigen Zustand eine Verbesserung bedeute und wie sich die Folgen einer Ablehnung auswirken würden? Bei leidenschaftlicher Abwägung der Vorteile und Nachteile könnten die Verbesserungen nicht bestritten werden. Würde der Young-Plan abgelehnt, so bliebe der Dawes-Plan mit seinen erheblich größeren Lasten in Kraft. Die fremden Kontrollen und Pfänder behielten Gültigkeit, die dritte Zone würde befestigt bleiben und Deutschland würde neben einer sehr erschweren außenpolitischen Lage einer äußerst bedrohlichen wirtschaftlichen Krise entgegengehen. Von den beiden Übeln, Dawes-Plan oder Young-Plan, sei der Young-Plan das kleinere. Etwas anderes als zwischen den beiden Übeln zu wählen sei aber nach dem verlorenen Kriege nicht möglich.

An das sich durch seltene Klarheit auszeichnende Referat schloß sich eine eingehende Erörterung. Es wurde dabei vereinzelt der Ernst der Verhältnisse wegen der Durchführbarkeit des Young-Planes hervorgehoben. Trotzdem ging die Auffassung allgemein dahin, daß — sofern die jetzigen Verhandlungen über die noch offenen Punkte zu einer befriedigenden Lösung führen — der Young-Plan gegenüber dem jetzigen Zustand einen Fortschritt bedeute und es außerordentlich verfehlt und gefährlich sei, das so verwickelte Reparationsproblem durch Schlagworte oder gar durch Aufwühlung der Volksleidenschaften zu verwirren. Insofern bedeutet der Verkauf der Logen eine deutsche und entschiedene Absage an Hugenberg und sein demagogisches Volksbegehren.

## Landau wird frei.

Abzug eines französischen Bataillons.

Landau, 4. Oktober.

Ein Bataillon des 150. französischen Infanterieregiments in Landau hat den Abmarschbefehl erhalten. Als neue Garnison dieses Regiments wird Verdun genannt. Außerdem wurde ein Teil der französischen Angehörigen in den Verwaltungen gefädigt.

## Düren wird frei.

Düren, 4. Oktober. (Eigenbericht.)

Heute vormittag haben die ersten französischen Truppen in Stärke von 200 Mann Düren verlassen. Am Sonnabend folgen weitere 200 Mann. Am 21. Oktober wird die französische Kanton geschloffen werden, deren Angehörige bis 24. Oktober die Stadt verlassen haben. Auch das französische Militärhospital in der Provinzialheil- und Pflegeanstalt wird in den nächsten Tagen geräumt. Fortwährend verlassen die Geräte und Fahrzeuge der Besatzung den Bahnhof. Es ist damit zu rechnen, daß bis Ende November das Abwicklungskommando seine Arbeit beendet hat, so daß die Stadt dann von französischen Truppen vollständig geräumt sein wird.

## Schluß des Labourkongresses.

Feierlicher Ausklang.

Brighon, 4. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Kongreß der Arbeiterpartei schloß seine viertägigen Beratungen mit einer Sitzung, die im wesentlichen technisch-organisatorischen Fragen gewidmet war. Der Führer der Transportarbeiter Benin richtete nach Beendigung der Verhandlung die üblichen Worte des Dankes an den Vorsitzenden und betonte, die Konferenz habe bewiesen, daß die Partei entschlossen sei, „ihre Seele rein und unverfehrt“ zu erhalten.

Der Kongreß schloß unter den Klängen des Parteiliedes von der roten Fahne, wobei der weißhaarige Minister für Pensionen Roberts den Gesang der Delegierten auf dem Podium mit seiner Violine begleitete.

## Lloyd George sieht Neuwahlen kommen.

London, 4. Oktober. (Eigenbericht.)

Lloyd George erwähnte auf dem Kongreß der Liberalen Partei in Nottingham die Delegierten, für baldige Neuwahlen gewappnet zu sein. Die Arbeiterregierung glaube die Mehrheit im Lande hinter sich zu haben, und es sei daher möglich, daß sie bald eine parlamentarische Auseinandersetzung suchen werde, die es ihr ermöglichen, neuerdings an das Band um eine Mehrheit zu appellieren.

Außenminister Jaseff soll nach Witterungsberichten einen Autounfall erlitten haben. Die polnische Telegraphen-Agentur erklärt diese Meldungen für ganz unzutreffend.

# Hugenbergs Trauer.



Gegen wen werd' ich nun künftig behen,  
Unflut werfen und die Dolsche wehen,  
Wenn der Drfus ihn hinunterschlingt?

# Kein Beamter für Hugenberg!

Gegen die Politik des Wahnsinns

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes wendet sich mit einem Aufruf gegen das Volksbegehren an die Beamtenschaft. In dem Aufruf heißt es u. a.:

„Es geht darum, ob die Verständigungspolitik, die der dem deutschen Volke so plötzlich entrißene Reichsaußenminister Dr. Stresemann allen Anfeindungen zum Trost unterwirft mit ständig steigenden Erfolgen durchgeführt hat, weiter fortgesetzt oder im Sinne der Veranstaltung des Volksbegehrens Deutschland erneut in außen- und innenpolitischen Wirren zurückgeworfen werden soll. Der Reichsausschuss für das deutsche Volksbegehren verlangt, daß das Kriegsschuldenerkenntnis des Versailler Vertrages widerrufen wird. Er verlangt, daß neue Lasten und Verpflichtungen nicht übernommen werden dürfen. Er verlangt, daß Reichsanstalt und Reichsminister sowie deren Bevollmächtigte, die Verträge solchen Inhalts mit auswärtigen Mächten zeichnen, als Landesverräter mit schweren Zuchthausstrafen belegt werden. Ursprünglich wollte man sogar den greisen Reichspräsidenten von Hindenburg in diese Strafparagrafen einbeziehen. Eine Politik des Wahnsinns, die sich hier offenbart! Ihr müßt auch wir als Beamtenvereinigungen mit all unserer Kraft und allen uns verfügbaren Mitteln entgegenreizen.“

Die Beamtenschaft, die der deutschen Republik nicht nur den Treueid geschworen, sondern auch tatkräftig an dem Aufbau des neuen Staatswesens mitgearbeitet hat, läßt es nicht zu, daß durch politische Abenteuer die unter schweren Opfern des werbenden Volkes und im Bunde der Beamtenschaft errungenen Festigungen unseres Staatswesens wieder leichtfertig auf Spiel gesetzt wird. Sie wendet sich mit Entrüstung ab von Leuten die die höchsten Beamten des Deutschen Reiches, wenn sie ihrer verfassungsmäßigen Beamtenschaft genügen, ins Zuchthaus bringen wollen.

Kollegen! Jeder einzelne von euch muß in den kommenden Wochen seine Pflicht tun und unter den politisch Verbehten oder politisch Indifferenten, die aus Unkenntnis dieses wohnwichtige Volksbegehren unterzeichnen können, für Ausklärung sorgen. Das Volksbegehren soll nur die innerpolitischen Ziele jener Kreise verdeutlichen die mit Hilfe der ausgepeitschten nationalistischen Leidenschaften die Diktatur der feudalen und hochkapitalistischen Mächte über das schaffende Volk errichten wollen, um diesem die Lasten des verlorenen Krieges aufzubürden. Kollegen, sorgt dafür, daß kein Beamter das Volksbegehren unterschützt!“

## Finanzkonflikt in Frankreich.

Rücktrittsdrohung des Ministers.

Paris, 4. Oktober.

Zwischen dem Finanzausschuss der Kammer und dem Finanzminister sind wegen des Budgets für 1930 ernste Differenzen entstanden. Der Finanzausschuss hat an der Regierungsvorlage derartige Änderungen vorgenommen, daß der Budgetvoranschlag ein Defizit von rund einer halben Milliarde aufweist. Hierbei sind die von der Regierung vorgegebenen und vom Ausschuss nicht einmal für genügend erachteten Steuerermäßigungen von rund zweieinhalb Milliarden noch nicht berücksichtigt. Finanzminister Cheron erklärte heute dem Ausschuss, daß dessen Maßnahmen eine ernste Bedrohung der von Poincaré durchgeführten Konsolidierung darstellen. Er sagte sogar, daß er lieber auf sein Amt verzichten, als für derartige Maßnahmen die Verantwortung übernehmen würde. Wie Honas mitteilt, ist zwischen dem Finanzminister und dem Finanzausschuss heute noch keinerlei Einigung erzielt worden.

## Bessedowiski entlassen!

Paris, 4. Oktober.

Die Pariser Vertretung der Telegraphenagentur der Sowjetunion berichtet, daß die Sowjetbevollmächtigte in Paris unter dem 3. Oktober dem französischen Außenministerium offiziell mitgeteilt habe, daß Volksratsrat Bessedowiski seines Postens enthoben worden ist, und gleichzeitig gebeten habe, seinen Namen von der diplomatischen Liste zu streichen.

## Moskau setzt seinen Standpunkt durch.

So urteilt Litwinoff über das Londoner Verhandlungsergebnis.

Moskau, 4. Oktober.

In einem Interview mit einem Vertreter der Telegraphenagentur der Sowjetunion anfänglich der in London erfolgten Unterzeichnung des Protokolls über die russisch-englischen Verhandlungen erklärte Volkskommissar Litwinoff: Die Sowjetregierung hat an dem Standpunkt festgehalten und hält daran unverändertlich nach wie vor fest, daß die durchaus notwendige Voraussetzung für die Lösung zwischen der Sowjetunion und anderen Staaten jeweils schwebender Streitfragen die vorherige Wiederaufnahme normaler Beziehungen sei. Die Sowjetregierung tritt an die Erörterung dieser Fragen heran in dem festen Wunsch nach Frieden und der Wiederaufnahme normaler politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu anderen Ländern. Zu einer solchen Entscheidung von Fragen ist jedoch die völlige Gleichberechtigung der Parteien erforderlich, die es dann nicht geben kann, wenn ein Teil dem anderen Vorbedingungen aufzuzwingen sucht oder vorschlägt, die Verhandlungen bei anormalen oder gar feindseligen Beziehungen der Partner zu führen. Die Sowjetregierung hat konsequent diesen Standpunkt vertreten und hat 1924 die rechtliche Anerkennung durch eine große Zahl kleiner wie großer Länder, darunter England, Frankreich und Italien, erlangt, wobei alle diese Staaten darauf eingingen, alle Streitfragen nach Wiederaufnahme der normalen Beziehungen zu erörtern. Der plötzliche Abbruch der Beziehungen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion war

keineswegs durch irgendwelche Handlungen der Sowjetunion und ihrer Organe hervorgerufen oder zu rechtfertigen. Dieser Bruch und seine Begleitumstände haben Ansprüche auf Seiten der Sowjetunion geschaffen, nicht aber auf Seiten des Landes auf dessen Veranlassung dieser Bruch erfolgte.

## Das Abkommen unterzeichnet.

London, 4. Oktober. (Eigenbericht.)

Das Abkommen zwischen Außenminister Henderson und dem russischen Vertreter Drogalewitsch über die Wiederaufnahme der anglo-russischen Beziehungen wurde am Freitagabend im auswärtigen Amt in London unterzeichnet.

Wie aus dem Wortlaut der Vereinbarung hervorgeht, werden die noch zu lösenden Fragen in London mit dem zu ernennenden Sowjetbotschafter erörtert werden. Beiden soll ein russisch-englisches beratendes Komitee zur Seite stehen. Die Ernennung der Botschafter, die erst nach Zustimmung des Parlaments möglich ist, wird von der Unterzeichnung einer Klausel bezüglich der Propaganda begleitet sein, die mit dem entsprechenden Paragraphen im englisch-russischen Vertrag von 1924 identisch ist.

## Woldemaras als Verschwörer.

Die neue Regierung für Smelona.

Rom, 4. Oktober.

Ein Oppositionsblatt hatte die Aeußerung des gestürzten Diktators Woldemaras veröffentlicht, daß er auch weiter politisch tätig sein werde. Das Regierungsblatt „Nieuvoe Nidas“ bespricht diese Ankündigung mit einer Schärfe, die den Bruch zwischen Woldemaras und seiner Partei in aller Öffentlichkeit besiegelt. Das Blatt fragt, wie diese Betätigung aussehen sollte: es sei schwer, diese Frage zu beantworten, aber man könne sich denken, sie werde der Zensur nicht standhalten können. Woldemaras sei ja über zwei Jahre oberster Zensur gewesen und daher kompetent, voraus-zusehen, was der Zensur verfallen müsse.

Die Anhänger Woldemaras entfallen im ganzen Lande ausgedehnte konspirative Tätigkeit. Wie verlautet, erhielt kürzlich die Komnoer Polizei die Mitteilung, daß in einem Hause eine illegale Versammlung abgehalten werde. Die Polizei fand 23 Personen vor, die festgenommen wurden.

## Mit Bomben gegen Streikende.

Amerikanischer Klassenkrieg.

New York, 4. Oktober.

In Marion (Nordkarolina) wurden 11 Sheriffs und 3 Arbeiter verhaftet und unter Mordanklage gestellt, weil sie einen Angriff auf streikende Legilarbeiter unternommen haben, wobei vier Personen getötet worden sind. Die 11 Sheriffs wurden jedoch kurz darauf wieder freigelassen, da die Arbeitgeber eine große Kaution für sie hinterlegten. Außerdem wurden 40 Streikende verhaftet. — Während einer Arbeiterversammlung explodierte eine Bombe, wodurch drei Arbeiter getötet und das Versammlungsgebäude schwer beschädigt wurde. Der Präsident des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes, William Green, hat den Senat aufgefordert, eine Untersuchungskommission nach Marion zu entsenden.



# Löhne und Rationalisierung.

## In Deutschland und Amerika.

Die deutschen Unternehmer haben sich ihre amerikanischen Kollegen zum Vorbild genommen, um die Wirtschaftlichkeit der Betriebe zu heben. Sie übersehen jedoch dabei, daß die Rationalisierung eine Steigerung der Produktion im Gefolge hat, die auch abgesetzt werden muß, wenn nicht der Zweck der Rationalisierung wieder in Frage gestellt werden soll. Fehlt der entsprechende Absatz, dann muß die Produktion eingeschränkt werden, d. h. die Betriebsanlagen können nur teilweise ausgenutzt werden, ja, oft muß ein Teil der Betriebsanlagen überhaupt stillgelegt werden. Das ist eine Vergeudung des Kapitals, die dazu beiträgt, daß die deutschen Aktiengesellschaften außerordentlich hohe Abschreibungen vornehmen. Dazu kommt — von dem allgemein volkswirtschaftlichen Schaden durch den Windertrag der Produktion abgesehen —, daß die aus der Produktion ausgeschalteten Arbeitskräfte eine erhebliche Belastung der Wirtschaft sind, statt wertschöpfende Konsumenten zu sein.

Vergleicht man nun die Entwicklung der Löhne in den Vereinigten Staaten und in Deutschland, dann springt die geradezu verrückte Lohnpolitik der deutschen Unternehmer in die Augen. Es ergibt sich folgendes Bild:

	Deutschland:		Vereinigte Staaten:	
	Gelernte	Ungelernte	Gelernte	Ungelernte
1913/14	35,10	24,01	59,47	44,98
1. Quartal 1929	52,42	40,55	139,23	109,14

Setzt man die Nominallohne 1913/14 = 100, dann stiegen in Deutschland die Löhne der Gelernten auf 150, die der Ungelernten auf 169, während die Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten auf 153,4 gestiegen war. In den Vereinigten Staaten stiegen die Wochenlöhne der Gelernten auf 234, der Ungelernten auf 243, während die Lebenshaltungskosten auf 170

gestiegen sind. Während also die Löhne der gelernten Arbeiter in Deutschland noch nicht einmal die Steigerung der an sich schon unzulänglichen Reichsindexziffer erreicht haben, liegen die der amerikanischen ungelerten Arbeiter um 70 Punkte über der Steigerung der Lebenshaltungskosten.

Man kann also sagen, daß die amerikanischen Arbeiter an den Vorteilen der Rationalisierung teilgenommen haben, während die deutschen Arbeiter deren Kosten bestritten und noch bestritten. Auch sind Wochenlöhne nicht gleichzusetzen mit Jahreseinkommen. Infolge der Rationalisierung ist der Arbeiter in Deutschland heute viel häufiger und länger arbeitslos als vor dem Kriege. Wenn also der Lohn der ungelerten Arbeiter in Deutschland scheinbar um 15,6 Punkte über dem Lebenshaltungsinde liegt, so muß davon die verlängerte Arbeitslosigkeit in Abzug gebracht werden. Gerade diese ist aber eine typische Rationalisierungsercheinung. Der Aufschwung der nordamerikanischen Wirtschaft ist nicht eine Kriegs-, sondern eine Rationalisierungsercheinung. Die hohen amerikanischen Löhne sind nicht eine Folge, sondern eine Ursache des Wirtschaftsaufschwungs.

Vergleicht man die Löhne und Lebenshaltungskosten seit 1924, dann tritt besonders stark die Stabilität der amerikanischen Lebenshaltungskosten in Erscheinung, die nur um einen Punkt gestiegen sind, während die Löhne der Gelernten seitdem um 12 Punkte, der Ungelernten um 15 Punkte stiegen. In Deutschland dagegen stiegen die Lebenshaltungskosten von 131,6 auf 153,4, wodurch besonders in den ersten Jahren der Rationalisierung die von den Gewerkschaften erlangten Lohnerhöhungen ausgeglichen wurden. Hier tritt besonders plastisch die mahnswürdige Lohnpolitik der deutschen Unternehmer in Erscheinung.

# Glend und Ueberfluß in der AEG.

## Gewinne mehr als verdoppelt. — Die Pfennige der Arbeiter.

Noch immer gibt es in der AEG einen „schönen Rest“ von der Lohnvereinbarung im April. Noch immer bringt es dieses schwerliche Rammunternehmen fertig, sogar die schlecht bezahlten Hilfsarbeiter um die armseligen Pfennige zu bringen, die ihnen das Lohnabkommen vom April zusicherte. Das Direktorium der AEG, das gern in sozialen Farben schillert, rechnet den Hilfsarbeitern zum großen Teil die Leistungszulage an und läßt sich darin sogar vom Scharfmacher Vorsatz beschämen. So etwas wagt einer der größten deutschen Konzerne, obwohl er in den letzten vier Jahren eine ununterbrochene Hochkonjunktur durchgemacht hat.

Die deutsche elektrotechnische Industrie, besonders aber die führenden Konzerne wie Siemens, AEG und Bergmann, ist von den wirtschaftlichen Krisen seit der Beendigung der Inflation überhaupt nicht in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Dividenden, die der AEG-Konzern in den letzten vier Jahren von 6 auf 12 Proz. erhöhte, wolle für die tatsächlichen Gewinne, die der Konzern erzielt hat, gar nichts besagen. Die AEG-Verwaltung hat ein viel größeres Interesse daran, ihrem Betrieb schwere Fettpolster zuzulegen und ihre Gewinne zu verstecken, anstatt der Öffentlichkeit durch höhere Dividenden an die Aktionäre Einblick in ihre glänzenden Geschäfte zu geben.

Aber ein Blick in die Bilanzen der letzten Jahre zeigt deutlich genug, wie der Konzern Gewinne geschneit hat. Seit 1924/25 hat sich der jährliche Geschäftsgewinn von 12 auf 25,2 Millionen erhöht, also weit mehr als verdoppelt. Wie steht es mit den Löhnen? Haben die sich auch verdoppelt? In dem gleichen Tempo sind die Abschreibungen auf die Werksanlagen gestiegen, die allein im letzten Jahr um fast 4 Millionen auf über 9 Millionen heraufgeschraubt wurden. Wenn trotz dieser

millionenschweren Reserven allein der in der Bilanz ausgewiesene Reingewinn sich gleichfalls in den letzten vier Betriebsjahren verdoppelt hat, bekommt man eine ungefähre Vorstellung, was die Konjunktur in der Elektroindustrie dem AEG-Konzern in den letzten Jahren eingebracht hat. Was aber hat die Konjunktur der Arbeiterschaft gebracht?

In dem am 30. September 1928 beendeten Geschäftsjahr wuchs der Umsatz bei der AEG von 400 auf 500 Millionen Mark. Hinter diesem glänzenden Ergebnis wird auch das vor wenigen Tagen abgeschlossene Betriebsjahr 1928/29 keineswegs zurückbleiben. Konnte doch die AEG-Verwaltung Ende Januar d. J. erklären, daß sie einen Auftragsbestand von 355 Millionen Mark vorliegen habe. Da im Laufe der letzten Monate noch eine Anzahl großer Inlands- und Auslandsaufträge eingegangen sind, waren die Betriebe vollumfänglich beschäftigt.

In gar keinem Verhältnis zu der Steigerung des Umsatzes steht die Vermehrung der Belegschaft. Die geleisteten Arbeitsstunden wurden sogar im Verhältnis zum Umsatz reduziert. Man sieht also, wie enorm die Leistungen je Mann und Schicht sind, die infolge der Rationalisierung aus den Knochen der Arbeiter und Angestellten herausgeschunden werden. Wenn aber die Arbeiterschaft für die verdoppelte Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und infolge des rückfälligen Anteilverhältnisses auf Lohnverbesserung drängt, stößt sie in erster Linie bei den Schwererdienern der AEG und des Siemens-Konzerns auf taube Ohren. Hier gilt noch immer das alte Sprichwort: „Hilf dir selbst, so hilft dir Gott.“ Das heißt: Triff ein in deine Gewerkschaft, tritt ein in deine Partei, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, lies die Zeitung, die für deine Interessen eintritt, den „Vorwärts“.

Mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln wird die Branchenleitung auch in Zukunft den Drahtziehern der „oppositionellen“ Drehervereinigungen entgegengetreten, die die freigewerkschaftlichen Werkstätten- und andere Versammlungen der Dreher zu stören versuchen. Es kann nicht angehen, daß sich mehr als 6000 freigewerkschaftlich organisierte Dreher von den zwei- bis dreihundert „revolutionären“ Vereinsmitgliedern terrorisieren lassen. Wie wenig Sympathien die neue kommunistische Gewerkschaftsjüngle bei den Berliner Drehern genießt, erhellt am besten die unbestreitbare Tatsache, daß sie aus den Reihen der Dreher der Großbetriebe so gut wie gar keine Mitglieder hat.

Genosse Waage sprach zum Schluß seiner Ausführungen die Erwartung aus, daß die wenigen irregulierten Dreher bald den Weg zum Metallarbeiterverband zurückgefunden haben werden und der kommunistische Gewerkschaftspfad der Vergessenheit angehören wird.

In der Diskussion versuchten zwei Kommunisten, die Versammlungen für die kommunistischen Gewerkschaftstheisen zu begeistern, fielen aber glatt ab. Der eine, ziemlich provozierend auftretende Kommunist machte sich selbst von einem nicht mehr „linientreuen“ Parteigänger sagen lassen, daß er eine blöde Rede gehalten habe. Von welchem Geist die Versammlung befeuert war, zeigte sich am deutlichsten bei der Abstimmung über einen Antrag, der der Branchenleitung das vollste Vertrauen ausdrückt und das von ihr aufgestellte und erläuterte Arbeitsprogramm billigt. Dieser Antrag wurde mit ungefähr 900 bis 1000 Stimmen gegen ganze fünf Stimmen angenommen.

## Einigung mit den Charlottenburgern.

### Der Konflikt mit den Wasserwerken beigelegt.

Der Konflikt, der infolge der Lohnforderungen der Arbeiter der Charlottenburger Wasserwerke entstanden war, ist durch direkte Verhandlungen zwischen der Direktion und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter beigelegt worden. Die Verhandlungen haben eine Einigung in der Richtung ergeben, daß die Bezüge der Wasserwerksarbeiter den Löhnen der Arbeiter der städtischen Wasserwerke angeglichen werden.

Eine Versammlung der Arbeiter der Charlottenburger Wasserwerke hat sich mit dieser Regelung einverstanden erklärt, so daß der für Freitag angelegte Termin vor der amtlichen Schlichtungsinstanz gegenstandslos geworden ist.

## Das Einkommen der Angestellten.

### Wovon sollen sie sparen?

Vor drei Jahren hat der Zentralverband der Angestellten eine Erhebung über die Gehälter seiner Mitglieder veranstaltet. Nun hat auch der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband das gleiche unternommen. Die Erhebung des DHB, gibt notwendig nur ein unklares Bild von den Gehaltsverhältnissen der Angestellten, weil diese Organisation nur männliche Mitglieder umfaßt. Für einen guten Deutschnationalen gehört die Frau eben immer noch in die Küche und hinter den Strickstrumpf.

Um so bemerkenswerter ist es, daß die Erhebung des DHB den schlüssigen Beweis für die Rückständigkeit dieser Auffassung liefert und gleichzeitig die beste Widerlegung ist für die deutschnationale These, daß Sozialpolitik durch Sparen erreicht werden soll. Die Erhebung hat nämlich ergeben, daß 43 Prozent der Befragten weniger als 200 Mark monatlich verdienen und 75,7 Prozent weniger als 300 Mark. Ueber 400 Mark monatlich beziehen nur 7 Prozent. Es handelt sich dabei wohl bemerkt um männliche erwachsene Angestellte, von denen also fast die Hälfte weniger als 200 Mark im Monat bezieht, wovon sie sich nicht nur selbst, sondern ihre Familie ernähren und kleiden und — nach deutschnationalem Rezept — Rücklagen machen soll für schlechte Zeiten.

Vergleicht man nun mit dieser Erhebung die viel bessere und feinere des Zentralverbandes der Angestellten, dann macht man die überraschende Feststellung, daß während der drei Jahre eine bemerkenswerte Aufbesserung der Nominalgehälter nicht eingetreten ist. Vor drei Jahren hatten 44,57 Prozent der männlichen Angestellten ein Einkommen von weniger als 200 Mark monatlich, 82,88 Prozent hatten ein Einkommen bis zu 300 Mark, 96,21 Prozent bis zu 400 Mark, 99,5 Prozent bis zu 500 Mark und 0,77 Prozent über 500 Mark. Scheinbar ist also das Einkommen der Angestellten zurückgegangen.

Wenn die Gehaltseinstufung bei den Mitgliedern des DHB damals etwas besser war, als sie es entsprechend der gestiegenen Lebenshaltungskosten noch heute bei den Mitgliedern des DHB ist, so liegt das vor allen Dingen an dem Kreis der Mitgliedschaft. Die Angestellten der Sozialversicherung und der Konsumvereine gehören in ihrer großen Masse dem Zentralverband der Angestellten an. Sie sind im Durchschnitt nicht unerheblich besser entlohnt als die Angestellten im Handel und in der Industrie. Das geht sehr deutlich aus der Erhebung des DHB hervor. So erhielten im Einzelhandel 40 Prozent der männlichen Angestellten bis zu 175 Mark monatlich, in den Konsumvereinen aber nur 16,62 Prozent. Im Großhandel waren es sogar 41,19 Prozent, die bis zu 175 Mark monatlich bezogen, in der Sozialversicherung dagegen nur 14,81 Prozent.

Wenn die Angestellten im Handel und Industrie heute noch so elend entlohnt werden, dann ist das nicht zum letzten darauf zurückzuführen, daß politisch rückständige und gewerkschaftlich veraltete Organisationen, wie besonders der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, den Kampf der Angestellten um eine höhere Lebenshaltung behindern, spalten und schwächen.

## Kohlenfrieden und Völkerbund.

### Debatte im Internationalen Arbeitsamt.

Genf, 4. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes trat am Freitag zu seiner 46. Tagung zusammen. Er hat besonders zur Ausführung der Kohlen- und Beihilfen der Völkerbundversammlung das Notwendige zu veranlassen.

In dem Bericht des Direktors, der zunächst zur Erörterung stand, wird u. a. mitgeteilt, daß die französische Regierung als Beigeordnete im Verwaltungsrat einen Vertreter der rumänischen Regierung angemeldet habe. Die Debatte drehte sich in der Hauptsache um die Afrine-Konferenz. Thomas mußte zugestehen, daß die Unterlagen für die Konferenz zum Teil erst in den letzten Tagen, zum Teil überhaupt noch nicht fertiggestellt sind. Die Regierungsvorteile Indiens und Japans erklärten, daß sie infolge des späten Eintreffens der Dokumente nicht mehr in der Lage seien, die nötigen Instruktionen von ihren Regierungen einzuholen und sie infolgedessen ihre Mitarbeit ablehnen müßten. Der Verwaltungsrat beschloß, den spanischen Arbeitsminister Annas als Präsidenten der am Montag zusammentretenden Seeschiffahrtskonferenz vorzuschlagen. Der Verwaltungsrat beschloß ferner, eine Gabe der Ford-Company von 25000 Dollar anzunehmen. Für dieses Geld sollen in 17 europäischen Städten, in denen Ford Werkstätten besitzt, Lohnuntersuchungen angestellt werden, die einen Vergleich der europäischen und amerikanischen Löhne ermöglichen.

Ueber den Austrag der Völkerbundversammlung an das Arbeitsamt, eine Vereinheitlichung der Arbeitsstunden, Arbeitsbedingungen und Arbeitslöhne im Bergbau vorzunehmen, herrschte auf keiner Seite große Begeisterung. Die vom Völkerbund vorgegebenen Fristen sowie die Behandlung der Kohlenfrage auf der Tagesordnung der Arbeitskonferenz des Jahres 1930 lassen sich nur schwer mit der Geschäftsordnung der Arbeitsorganisation vereinen.

Am einzelnen ging der Streit darum, in welcher Weise die ratgebende Konferenz, die im Januar zusammentreten soll, zusammenzusetzen sei. Eine weitere Frage ist, ob man ausnahmsweise beide für ein Abkommen notwendigen Besungen auf einer Arbeitskonferenz zusammen vornehmen darf. Die Arbeitgeber verlangten eine Vertretung des Verwaltungsrats und der Konsumvereine auf der ratgebenden Konferenz.

## Bergarbeiter gegen Eisentreiben.

London, 3. Oktober.

In einer Reihe von englischen Kohlenruben in Northumbria haben 2000 Bergarbeiter die Arbeit niedergelegt, und es besteht die Möglichkeit, daß weitere 8000 Arbeiter in den Ausstand treten werden. Dieser Streik richtet sich in der Hauptsache gegen die von den Grubenleitern angeordnete Verwendung von eisernen Streben zur Abstützung der Kohlenflöze.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin.

Sprech- und Versammlungsort: Charlotterode: Heute abend im Unterrichtsraum der Berliner Gewerkschaftsschule, Engelstr. 24-25 (Gewerkschaftshaus). 2. Hof, 1. Gruppe rechts. Nächste Versammlung der Jugend am 11. Oktober im Ritzweg, dem 9. Oktober, findet nicht im Lehrvereinshaus, sondern im Orpheum, Berlin, Luisenheide 33-38, statt. Aufnahme der freigeistlich-parasitären Jugend: „Da werde Licht!“ durch die „Wanderertruppe“, Leitung: Hans Wenzel. Eintritt freil. Karten sind in der Jugendzentrale und in den Gruppen zu haben.

Verantwortlich für Text: Dr. Curt Geyer; Schriftföhr: G. Klingelböfer; Gewerkschaftsberatung: A. Bräuer; Freiwort: Dr. John Schittowski; Lokales und Sonstiges: Frau Hartwig; Anzeigen: Th. Glöde; Schriftföhr in Berlin: Verlag: Verlags-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Rudolfsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Preis 1 Beilage zur „Unterhaltung und Wissen“.

## Friede im Gastwirtsgewerbe.

### Der Schiedspruch von beiden Parteien angenommen.

Die Mitglieder des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten haben dem Schiedspruch in der Abstimmung mit allen gegen 405 Stimmen zugestimmt. Da gestern auch die Unternehmer den Schiedspruch angenommen haben, ist damit der Friede im Gastwirtsgewerbe gesichert. Dieser Abschluß bedeutet einen schönen Erfolg für den Zentralverband.

## Neues Leben bei den Drehern.

### Die Opposition unter sich.

Das Fiasko der Spaltungspolitik der RPD, konnte nicht deutlich zum Ausdruck kommen, als es in der Dreherversammlung geschehen ist, die die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes zu Donnerstagabend nach dem Ruffikerkollegen einberufen hatte. Solch eine gut besuchte Branchenversammlung hat die ausgeschlossene kommunistische Branchenleitung, die jetzt den „oppositionellen“ Dreherverein leitet, während ihrer ganzen Amtsdauer nicht zuzugebracht. Der große Saal war einschließlich der Galerien zum Bersten überfüllt. Es waren wieder alle die Angehörigen der Branche erschienen, denen durch die gebälligen parteipolitischen Auseinandersetzungen, die unter dem Regime der kommunistischen Branchenleitung stets an der Tagesordnung waren, der Versammlungsbefuch verleidet worden war.

Der Branchenleiter Genosse Waage legte der Versammlung das Arbeitsprogramm vor, das sich die Branchenkommision gestellt hat und das sich streng im Rahmen des gewerkschaftlich Erreichbaren und frei von Phrasen hält. Ausbau des Tarifs, Verbesserung der Arbeitsvermittlung, sachliche und gewerkschaftliche Schulung der Branchenmitglieder sind die wichtigsten Ziele, die sich die Branchenkommision für die nächste Zeit gesteckt hat. Für parteipolitisches Gezänk wird, das wurde von der Branchenleitung mit allem Nachdruck betont, in den Branchenversammlungen der Dreher kein Platz mehr sein. Die Branchenleitung wird darauf halten, daß sich die Branchenmitglieder nicht zum Gaudium der Unternehmer gegenseitig mit Schmutz bewerfen, sondern in kameradschaftlichem Geist an dem Aufbau der Branche arbeiten.



# Raffenräuber in Charlottenburg.

## Mit gestohlenem Auto zwei Frauen überfahren.

Ein toller Banditenstreich wurde gestern Abend in der Berliner Straße 67 in Charlottenburg verübt. Ein noch unbekannter Täter drang in die Verkaufsräume der Fleisch- und Wurstwarenfabrik von Hermann Herbsch ein und raubte einen Teil der Ladenkasse. In einem Auto, das, wie später festgestellt wurde, gestohlen war, flüchteten die Räuber in rasender Fahrt. Dabei überfuhr sie in der Wilmersdorfer Straße zwei Passantinnen, die beide lebensgefährliche Verletzungen erlitten.

In dem Laden der Großschlachtereier herrschte kurz vor Geschäftsschluss noch ein starker Andrang. Ein jüngerer etwa 17- bis 19-jähriger Mann, der eine blaue Schirmmütze trug, drängte sich an die Kasse heran, um scheinbar zu zahlen. Der Buchhalter wühlte in seiner Brusttasche als wenn er nach seiner Brieftasche suche. Als die Kassiererin einen anderen Kunden abfertigen wollte und die Schutzlade der Kasse aufgezogen hatte, langte er blitzschnell über die Brusttasche und ergriff ein Bündel Papiergeld. Alles spielte sich so schnell ab, daß es dem Täter in der ersten Aufregung gelang, den Laden unbehelligt zu verlassen. Er lief auf die Straße hinaus und sprang auf einen dort wartenden vierstündigen Opelwagen, in dem sich drei Komplizen des Räubers befanden. Ein Passant, der den Borfall beobachtet hatte, sprang geistesgegenwärtig auf das Trittbrett des Wagens, um den Täter am Abfahren zu verhindern. Mit Gummitrumpeln schlugen die Buchhalter jedoch auf den Mann ein und stürzten ihn von dem bereits in Fahrt befindlichen Auto. Die Banditen rasten in toller Fahrt davon. In der Wilmersdorfer Straße, dicht an der Berliner Straße, überfuhr sie zwei Frauen, die gerade den Fahrdamm überschreiten wollten. Beide wurde noch einige Meter mitgeschleift und blieben dann be-

mühtlos liegen. Die Räuber rasten noch ein Stück weiter, verließen dann den Wagen in größter Hast und flüchteten. Es ist ihnen gelungen, unerkannt zu entkommen.

Die Verunglückten, eine 37-jährige Studienrätin Lina Krause und eine 18-jährige Primanerin Erna Schirmmacher, beide aus Königsberg, wurden durch das Rettungswesen in das Westendkrankenhaus übergeführt, wo sie in bedenklichem Zustande dankeberliegen. Wie weiter ermittelt wurde, ist der Opelwagen am Nachmittag in der Schillstraße gestohlen worden. Die Banditen müssen den Überfall genau vorbereitet haben, denn es ist beobachtet worden, wie das Auto kurz vor dem Bubenstück mehrmals die Berliner Straße langsam auf und ab fuhr. — Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen nach den Tätern aufgenommen.

## Chauffeur des Todes.

### Zweimal fabriklässig Passanten getötet.

Der Kraftwagenführer Bruno Rienitz aus Potsdam hatte sich vor dem erweiterten Schöffengericht wegen fabriklässiger Tötung zu verantworten. Rienitz war Führer eines Lastkraftwagens, der im Mai d. J. an einer Straßenecke in Potsdam mit einem Motorradfahrer zusammenstieß, wobei letzterer getötet wurde. Rienitz wurde zu drei Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt, weil er nachweisen konnte, daß er die Kurve geschnitten hatte. Andererseits trägt der Motorradfahrer selbst die Hauptschuld, weil er ein unvernünftiges Tempo angefahren hatte. Auf Gefängnis mußte gegen R. erkannt werden, weil er bereits früher wegen fabriklässiger Tötung eines Passanten bestraft worden ist.

Wiederbelebungsversuche hatten nur bei demen Erfolg, während bei den übrigen nur der Tod festgestellt werden konnte.

Der Tod scheint durch ein Gemisch von Wasserstoffgas und Chlorgas eingetreten zu sein. Die Leichen waren furchtbar zugerichtet. Die Verunglückten stammten aus Oipe und dem Amt Wenden.

## Schon wieder ein Dachstuhlbrand.

### Ein Feuerwehrmann erheblich verletzt.

Ein größerer Dachstuhlbrand beschäftigte gestern nachmittag fünf Züge der Feuerwehr in der Ribbichstraße mit stundenlangen Löscharbeiten und Aufräumarbeiten.

Wenige Minuten vor 14 Uhr loderten aus dem Ziegeldach des Vorderhauses plötzlich helle Flammen empor. Die Feuerwehr erschien auf den ersten Alarm zunächst mit zwei Löschzügen an der Brandstelle. Mittlerweile hatten sich die Flammen erschreckend schnell ausgebreitet. Da auch Teile des angrenzenden linken Seitenflügeldachstuhles bereits lichterloh brannten, wurden sofort drei weitere Züge nachbeordert. Ueber eine mechanische Leiter und die Treppenaufgänge drangen die Löschtrupps mit sieben Schlauchleitungen nach oben vor. Dabei wurde der Feuerwehrmann Schupp von der Wache Bismarck beim Deszenden einer Bodentür durch eine herabstürzende Stichtlamme im Gesicht erheblich verbrannt. Der Verunglückte erhielt von Samaritern die erste Hilfe.

## Skareks und Stadt Berlin.

### Magistrat beschließt Rücktritt vom Lieferungsvertrag.

Der Magistrat beschloß am Freitag nach Anhörung zweier Vertreter der Warengläubiger erneut, den Konkursantrag gegen die Brüder Skarek nicht zurückzuziehen und von dem am 4. April 1929 abgeschlossenen Vertrag, der den Lieferungsvertrag der Stadt mit den Brüdern Skarek unwiderruflich bis einschließlich 10. Juli 1935 verlängerte, zurückzutreten.

Die einzelnen Verträge, die zwischen dem Konsortium Skarek und der Stadt in weiterem Sinne abgeschlossen wurden, zerfielen in Verträge, die die Gebr. Skarek unmittelbar mit der Stadt getätigt haben, und in Verträge, die von der Anschaffungs-Gesellschaft mit dem Konsortium Skarek abgeschlossen worden sind. Nach Unterscheidung kann im allgemeinen damit begründet werden, daß die Verträge mit der Stadt die nicht typisierten Waren betreffen, während die Verträge mit der Anschaffungs-Gesellschaft in der Hauptsache typisierte Waren betreffen.

## Die historische Entwicklung der Verträge.

Ueber die historische Entwicklung der Verträge mit der Stadt gibt das Städtische Nachrichtenamt folgende Darstellung:

Auf Grund einer Verordnung der Reichsregierung über die Verwendung alter Kleider vom Dezember 1916 wurde im Februar 1917 von Privatorganisationen des beteiligten Kleiderhandels unter Aufsicht des amtlichen Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin die Kleiderverwertung G. m. b. H. begründet. Nach Aufhebung der Verordnung wurden im Februar 1921 die Anteile der Gesellschaft auf die Stadt Berlin übertragen, und die Firma wurde auf Grund des Gesellschaftsbeschlusses vom 9. April 1921 in Kleider-Vertriebs-G. m. b. H. umgeändert. Wegen des erheblichen Verlustes der Kleider-Vertriebs-G. m. b. H. in der Bilanz per 31. Dezember 1924 wurde von den städtischen Körperschaften im Juni 1925 beschlossen, die Kleider-Vertriebs-Gesellschaft vom 1. Juli 1925 ab aufzulösen und zu liquidieren.

Am 3. Juli 1925 wurde zwischen den Liquidatoren der Gesellschaft und Gebr. Skarek ein Vertrag abgeschlossen, nach dem die Gebr. Skarek in den Mietvertrag Kommandantenstraße 80/81 eintraten, und nach dem sie das Warenlager der KVB. unter Eigentumsüberbehalt der Gesellschaft zu bestimmten Zeiten nach und nach übernehmen sollten. In diesem Verträge sind keine schriftlichen Abmachungen über die Belieferung städtischer Dienststellen enthalten. Durch Zusatzvertrag vom 30. Juli 1925 übernahm dann die Firma Skarek die Verpflichtung, in den Räumen der KVB. i. Z. die Liquidationsmasse der KVB. zu verkaufen. Der Vertrag zwischen den Liquidatoren der KVB. und den Gebr. Skarek wurde unter dem 8. Mai 1926 abgeschlossen. In diesem Verträge war folgendes gesagt worden:

„Um der Firma Gebr. Skarek Gelegenheit zu geben, die übernommenen Waren abzugeben, erteilt die Stadt der Firma die Erlaubnis, die städtischen Fürsorgestellen und Wohlfahrtsämter zunächst auf die Dauer von 2 Jahren zu beliefern. Die Stadt wird von dieser Vereinbarung den städtischen Anstalten Kenntnis geben. Der Stadt wird während der Belieferungszeit ein Kontrollrecht hinsichtlich der Preise und Qualität der an die städtischen Stellen zu liefernden Waren eingeräumt.“

Durch notariellen Vertrag vom 4. Oktober 1927 ist den Gebr. Skarek von der Stadt Berlin ein Darlehen von 300 000 Mark gewährt worden. Die Gebr. Skarek begründeten die Notwendigkeit dieses Darlehens für sie damit, daß sie durch Übernahme des Warenlagers der Kleidervertriebsgesellschaft in Liquidation ein Warenlager übernehmen hätten, dessen Abwicklung nur langsam möglich wäre, und daß sie an die Stadt Berlin etwa 400 000 Mark bereits auf die Liquidationsmasse gezahlt hätten. Nachdem ein Interzessionsvertrag des Magistrats sich mit der Darlehenshingabe befaßt

## Tod durch Chromsäure.

### Sechs Arbeiter getötet, vier weitere in Lebensgefahr.

Oipe, 4. Oktober.

Ein außerordentlich schweres Betriebsunglück ereignete sich am Freitag vormittag in der Lederfabrik Müttke. Auf bisher ungeklärte Weise stürzte eine Gruppe Arbeiter in einen großen Behälter mit Chromsäure und erlitt schwere Brandverletzungen und Gasvergiftungen. Sechs von ihnen sind inzwischen gestorben, während vier bis sechs weitere Arbeiter in Lebensgefahr schweben.

Zu dem schweren Betriebsunglück in der Lederfabrik Müttke werden folgende Einzelheiten bekannt: Der Ruhrverband hat in dem Fabrikgebäude eine Kläranlage eingebaut, das Becken, in der sich der zu klärende Stoff befindet, war durch eine Tür verschlossen. An dieser Kläranlage mußten Ausbesserungsarbeiten vorgenommen werden. In dem Augenblick, als der Wärter die Tür öffnete, fiel er bewußtlos in den neben dem Becken befindlichen Behälter hinein. Ein anderer Arbeiter des Ruhrverbandes, der zu Hilfe eilte, stürzte ebenfalls in die Tiefe. Auf die Hilferufe der beiden eilten sofort sechs Arbeiter der Lederfabrik herbei, um die Verunglückten zu retten; auch diese Arbeiter fielen bewußtlos in den Behälter. Nach langen Bemühungen gelang es schließlich, alle acht Personen zu bergen. Sofort angestellte



Er läuft und hört glühendheiße Sprengstücke um sich her zischend ins nasse Laub schlagen. Sein Hirn bebt in Albernheiten hinein: ob man wohl an solch heißem Eisenstückchen eine Zigarette zum Glimmen bringen könnte?

Auf dieser Flucht der Bagage verliert Funk die zweifelhaften Früchte seiner dreijährigen Schreibfederarbeit. Mit ihm verliert sie auch der entsetzte Divisionsarzt. Wie soll er vor dem Korpsarzt bestehen und weiter hinauf, wenn er nun melden muß, daß eins der Regimenter seiner Division sämtliche Schriftstücke eingebüßt hat? Für das Schriftliche hat er doch seinen Posten die langen Jahre ausgefüllt — nur dafür, und nun ist es beim Teufel, ja: wirklich bei ihm, nämlich beim Gegner. Es ist gräßlich.

Wie hat es geheißen können? Die Bagage muß, um schneller rückwärts zu rollen, möglichst erleichtert werden. So löst man in einem eilig errichteten Depot unter vielem anderen die Kiste zurück, in der die Krankenhäuser aller der Jahre verstaubt sind — Wälzer von nicht geringem Umfang. Dazu kommen ausführliche geforderte Journale über geschlechtskrank Gewese und der Bues weiterhin Verdächtige. Diese umständlichen Aufzeichnungen glaubt man bei der eintägigen, ordnungsgemäß verlaufenden Demobilisierung dringend zu benötigen: für die Beurteilung der Unmasse von Dienstbeschädigungsansprüchen und zur Abwendung einer veneralischen Verleumdung des Volksganzen durch verdächtige Heimlehrer.

Das Depot sollte „unmöglich bald“ wieder aufgelöst und hinter der eilenden Besatzbagage hergeschafft werden — es fiel aber in die Hände der Amerikaner. Mit den Tausenden von Aufzeichnungen über Gesundheitsstörungen und tödliche Einwirkungen: an wem verübt, wann geschehen und so weiter, werden sie nicht viel haben anfangen können. An zwei Paare armseligen Seiden, die fast mehr aus Böchern als aus Fäden bestanden, an einem zerrissenen Hemd und einer durchgewaschenen Unterhose — Dingen, die Funk als Schatz ebenfalls in jener Kiste verwahrt, konnten sie jedoch ersehen, wie gut ihre Sache stand. Wenn sie's nicht schon gemußt hätten.

Warum hatte man die Bücher nicht längst zum Ersatztruppenteil in die Heimat geschickt? Funk erinnert sich, daß ab und zu daran gedacht und darüber geredet wurde. Aber es war, als müßte das Zeug stramm den ganzen Feldzug mitmachen, nachdem es einmal im Felde geboren war.

Sind sie nun genug ins Hinterland gediehen? Ja — die Sache scheint zum Stehen zu kommen.

Das Regiment findet sich zusammen in einem hübschen, sommerlich durchgrüntem Dörfchen. Sie haben es für sich allein, sie haben Platz, nachdem in den vielen Tagen der Rückwärtsbewegung alle Straßen verstopft waren durch die große Flucht, in allen Unterkünften sich Menschen und Tiere angeschlossen bis zum Plagen der Häuser.

Das Dörfchen ist sauber, die Frauen sind freundlich und hübsch, sie waschen immer noch für den deutschen Soldaten, wie seit Jahren. Ja, freundlich sind sie, vielleicht aus Mitleid — oder auch in verstedtem Triumph. Erfahren sie nicht heimlich oder wittern sie, wie sehr wir auf dem letzten Loch pfeifen? — Ach — denkt Funk — es ist eigentlich sehr einfach: sie brauchen uns nur anzuschauen. Wir laufen ja doch stäblich herum als abgerissene Bettler. Beim Vorstoß gegen die Narne — wenn wir gefangenen Truppsen von Franzosen und Amerikanern begegnen — wie sah mancher von uns erbittert und beschämt zur Seite. Wie waren die ausgerüstet, und wie hatten wir abgerüstet! Selbst benahm sich der Amerikaner — ein fröhlicher Lausbub. Die Waffen waren ihnen natürlich genommen, aber sie hatten sich Steden aufgegriffen und zurechtgemacht. Mit ihnen parodierten sie Gewehrgriffe, sie präsentierten scherzhaft vor uns und lachten kameradschaftlich dazu. Sie waren alle jung, frisch, kräftig, wohlgenährt. Sie schienen nicht zu ahnen, weid einer targa Kosi im Gefangenenlager sie entgegenzogen.

Karge Kosi war auch Trumpf im Dörfchen. Es gab reinweg nichts mehr. Erbsenuppe — und zu ihr erbat sich der Feldküchenkoch von Funk viel Natron aus dem Sanitätswagen, damit die steinharten Erbsen wenigstens weich wurden.

Funk beginnt hier wieder seine Schmierereien. Nachdem die Kiste mit all den schönen Alten hinüber ist, kann man getrost von vorn beginnen. Aber die Dinge fangen an, immer mehr ihr bisheriges Gesicht zu verändern. Hier ist ein Regimentsbefehl: „Zur Auffüllung der Lücken im Sanitätspersonal haben die Kompanien sofort geeignete Leute als Krankenträger auszumachen und dem Regimentsarzt vorzustellen, weil auf Macherlag aus der Heimat zur Zeit nicht gerechnet werden kann.“

Das „zur Zeit“ ist als abklingend hineingeschwindelt, weiß Funk; es muß heißen: „für immer“.

Und hier eine Meldung, die Funk an den Divisionsarzt macht — eine, wie sie in den vier Jahren noch nicht gemacht worden ist —, eine, die der bisherigen Taktik, alles nur im guten Licht erscheinen zu lassen, ins Gesicht schlägt: „Der Gesundheitszustand der Truppe im allgemeinen ist unter der Auswirkung der in den letzten Wochen überstandenen, äußerst erheblichen Anstrengungen und in Anbetracht der zahlreichen Fälle von übertragbarer Grippe als sehr ungünstig zu bezeichnen.“

Das ist ein Aufschrei. Er heißt: Wir können nicht mehr. Schmeißt uns nicht wieder hinein, wir verbürgen uns nicht dafür, daß wir standhalten. Wenn wir versagen — was dann?

Der Regimentsarzt hat mit dem Regimentskommandeur eine Beratung, ehe er den Schrei losläßt. Der Kommandeur stimmt zu, daß man nun kämpfen muß; nicht gegen den Franzosen, sondern gegen die Heeresleitung. Nicht kämpfen um einen Geländebroden, sondern um Ruhe.

Die zweite Beratung hat der Arzt mit Funk wegen der genauen textlichen Fassung. Soll man nur von „Anstrengungen“, von „erheblichen“ oder sogar von „äußerst erheblichen“ sprechen? Soll man sagen, der Zustand sei „nicht sehr günstig“, „ungünstig“ oder „sehr ungünstig“?

Um solche Frisierungen geht es immer noch, denkt Funk müde. Und schreibt nachher den Text, so scharf er kann. Es geht um die Wahrheit, jagt er sich. Er weiß, der Arzt wird den Krax nicht noch einmal aufmerksam durchlesen. Er wird die Wahrheit, die nun möglichst nackt besteht, nicht entdecken, während er sie unterzeichnet.

Unter den Leuten grassiert doch wieder eine fiebrige Hoffnung eingeseht werden wir im Westen überhaupt nicht mehr. Italien! Italien braucht uns — aber erst nach einer langen Kafi.

Funk magt auf einmal selber daran zu glauben. Er denkt oft an jene Meldung, die wie ein Hilfsschrei ist. Wird er gehört und voll verstanden werden? Sie müssen uns in Ruhe lassen.

Er gibt sein bißchen Wäsche zum Waschen, hier ist ja Zeit dazu: mit ihm tun es viele. Die Fäden weichen gerade in den Rübelen der Franzosinnen — da kommt der Alarm. Nachts um drei Uhr kommt er. Man glaubt es nicht; man muß es glauben. Man packt knirschend zusammen, maßlos enttäuscht, verzweifelt bis zum Weinen. Und doch ist die Erklärung so einfach: irgendwo wackelt die Front besonders stark. Dorthin sollen sie, man erinnert sich ihrer.

In den Trögen der Franzosinnen bleiben für immer letzte Wäschestücke zurück.

(Fortsetzung folgt.)



hatte, ist dann trotz Widerspruch des Räumers, der in einem Sonderprotokoll vom 4. Juli 1927 niedergelegt worden ist, das Darlehen bewilligt worden. Die Gebr. Sklarek erkannten ihre frühere, zum Teil strittige Warenschuld in Höhe von 359.818,72 Mark an und verpflichteten sich, auf das Darlehen von 300.000 Mark vom 10. Januar 1928 ab monatlich 10.000 Mark zu zahlen.

Im Anschluß an diesen Notariatsvertrag ist dann ein Schreiben unter dem 2. Dezember 1927 (unterschieden Gabel, Benede) ergangen, indem der Firma mitgeteilt worden ist, daß sie ein Recht der Belieferung der städtischen Dienststellen an sämtlicher Kleidung, Textilien und Schuhwaren für die Dauer dieses Vertrages erhielt. Nach diesem Schreiben würde der Vertrag, da die 300.000 Mark in Monatsraten von je 10.000 Mark abzutragen waren, 2½ Jahre laufen. Dieser Vertrag würde deshalb, da die Ratenzahlung am 10. Januar 1928 beginnt, bis zum 10. Juli 1930 Gültigkeit haben. Am 4. April 1929 ist dann ein weiteres Schreiben des Magistrats an die Gebr. Sklarek erfolgt, in dem ihnen unter Berufung auf den notariellen Vertrag vom 4. Oktober 1927 und Schreiben vom 2. Dezember 1927 bescheinigt wird, daß der Lieferungsvertrag unwiderruflich bis einschließlich 10. Juli 1935 laufe und daß die Gebr. Sklarek berechtigt seien, den Bedarf der städtischen Dienststellen, Anstalten und Bezirksämter an sämtlicher Bekleidung, Textilien und Schuhwaren allein bis zu dieser Zeit zu liefern. Der Vertrag ist von den Stadträten Gabel, Benede und Frau Stadträtin Wegl i. B. unterschrieben worden.

Stadtrat Gabel erklärt, daß er sich zu den beiden Verlängerungen des Lieferungsvertrages durch die Schreiben vom 12. Dezember 1928 und 4. April 1929 ohne Magistratsbeschlüsse für berechtigt gehalten habe, weil es sich um die Fortsetzung des ursprünglichen, durch den Magistrat genehmigten Vertrages mit der Lieferungsbezugnahme gehandelt habe und gegen die Verlängerung dieses Lieferungsvertrages keine Bedenken bestanden hätten.

Es ist festgestellt, daß Stadtrat Gabel am 4. April 1929 bei dem Deputierten der Finanzverwaltung, Obermagistratsrat Dr. Clemens, mündlich angefragt hat, ob die bisherigen Beziehungen zwischen der Stadt Berlin und der Firma Sklarek vom Standpunkte der Finanzverwaltung aus Anlaß zu irgendwelchen Bedenken gäben, da er erwäge, den Lieferungsvertrag mit der Firma Sklarek zu verlängern. Obermagistratsrat Dr. Clemens hat darauf die Akten über den Darlehensvertrag geprüft und nichts festgestellt, was gegen die Firma sprach, da die zugesagten Abzahlungen regelmäßig eingegangen waren.

Die Direktoren der Stadtbank, Schmitt, Hoffmann und Schroeder, haben ihre Beurlaubung vom Amte beantragt. Bürgermeister Scholz hat die Beurlaubung ausgesprochen.

### Eine Erklärung des Genossen Heilmann.

Von einer Dienstreise zurückgekehrt, finde ich in kommunistischen Zeitungen eine Mitteilung, wonach meine Person im Zusammenhang mit der Sklarek-Affäre genannt wird.

Zu diesen verleumderischen Angriffen der kommunistischen Presse gegen meine Person habe ich zu erklären: 1. Niemals war ich bei den geschäftlichen Angelegenheiten der Gebrüder Sklarek mit der Stadt Berlin beteiligt. 2. Mit der Firma Sklarek habe ich nur als Beauftragter meiner Berufsorganisation im Interesse meiner Verbandskollegen verhandelt. 3. Als Stadtverordneter habe ich mich mit anderen Vertretern meiner Organisation dafür eingesetzt, daß die ehemaligen Betriebswerkstätten der Stadt Berlin erhalten bleibt. 4. Zu keiner Zeit hat zwischen mir und den Gebrüder Sklarek ein freundschaftliches Verhältnis bestanden.

Die vorstehende Erklärung hat Genosse Heilmann auch den Redaktionen der „Roten Fahne“ und der „Welt am Abend“ zugestellt.

### Die Lieferscheine waren gefälscht.

Das Nachrichtenamt teilt weiter mit:

„In einigen Berliner Zeitungen wird die ungeheuerliche Behauptung der Gebrüder Sklarek wiedergegeben, daß die Fälschungen der Lieferscheine „in stillschweigendem Einverständnis mit den zuständigen städtischen Stellen“ geschehen seien. Die Gebrüder, die von der Stadtbank an die Brüder Sklarek gezahlt worden seien, seien also nicht auf die Fälschungen hin bezahlt worden, sondern als Vorläufer für die auf Grund des Monopolvertrages bis 1935 zu erwartenden Lieferungen.“ Diese Darstellung entbehre jeder Grundlage.

### Eine Berichtigung der Justizpressestelle.

Die Justizpressestelle teilt mit: Staatsanwaltschaftsrat Dr. Wasmund ist mit der Bearbeitung der Sache Sklarek in keiner Weise befaßt. Die Nachricht der „Roten Fahne“, daß Mag. Sklarek die Hochzeitfeier des Staatsanwaltschaftsrats Dr. Wasmund bezahlt hat, ist unrichtig. Wichtig ist, daß Mag. Sklarek eine von dem Staatsanwaltschaftsrat Dr. Wasmund im Hotel Adlon veranstaltete Feier im kleinen Kreise ohne Wissen des Staatsanwaltschaftsrats Dr. Wasmund beglichen hat. Dr. Wasmund hat aber bereits vor Monaten, sobald er davon erfuhr, unverzüglich den Betrag dem Sklarek zurückgegeben. Weitere Erörterungen (schweben noch).

### Er flieht bei armen Leuten.

25 Fälle gemeldet.

In Armut und Sorge werden zahlreiche kleine Leute vertrieben, die zur Nachtzeit von einem raffinierten Diebe heimgeführt werden.

Der Einbrecher bevorzugt das Prenzlauer Viertel. Er rechnet ganz richtig damit, daß der Schlaf der körperlich Arbeitenden besonders tief ist und daß die Leute nicht in der Lage sind, ihre Wohnungen durch teure Sicherheitsvorrichtungen zu schützen. Ihm genügt ein einfacher Dietrich, um die Türen zu öffnen. Nur selten nimmt er gute Kleidungsstücke oder Wäsche mit, in der Hauptsache ist es ihm um bares Geld zu tun. Die erste Anzeige über einen Diebstahl dieser Art erhielt die Kriminalpolizei am 28. Juli. Bis jetzt sind etwa 25 Fälle zur Kenntnis der Kriminalpolizei gekommen.

Mittelungen, die geeignet sind, ihm auf die Spur zu kommen, erbittet Kriminalkommissar Dr. Anuschat bei der Dienststelle B 2 im Polizeipräsidium.

### Neue Adresse des Bücherkreises!

Wie uns der Bücherkreis B. m. G. H. mitteilt, hat er am 1. Oktober seine Hauptgeschäftsstelle von Belle-Alliance-Platz 5 nach Belle-Alliance-Platz 7/8, Hochparterre verlegt.

Die Gesundheitsausstellung „Mutter und Kind“, die das Bezirksamt Wedding in der Schule Panitzsch 20 eingerichtet hat, ist nur noch am Sonnabend von 1 bis 9 Uhr nachmittags und am Sonntag von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags geöffnet. Sie vermittelt wichtige Gesundheitsregeln in anschaulicher Form, daß der Besuch allen empfohlen werden kann.

# Das Wochenende

## Berlin-Niederschönhausen.

Wenn man einen Fremden bitten würde, die Pante auf dem Lageplan Berlins aufzuzeigen, so würde er in Verlegenheit geraten, aber der einigermaßen eingelebte Berliner weiß, daß das Flächchen besser ist als sein Ruf, wenn man es nur dort sucht, wo noch etwas Natur ist. Es ist das Gebiet von Pankow und Niederschönhausen, das leicht zu erreichen und Möglichkeiten zur Weiterwanderung gibt. In Pankow ist der Bürgerpark eine gut gepflegte Ruhestätte, die sich den Anlagen des Westens in jeder Weise ebenbürtig an die Seite stellen kann. Die Linien 47, die Pankow mit Rudow verbindet, und 57, die vom Kopenick im Grunewald herkommt, sichern jedem Einwohner eine bequeme Fahrt nach der Poddieselstraße, an der der Park liegt. Im Rücken des ehemaligen

Schloßgebäudes finden wir die Pante als munteres Bächlein; sie bildet zugleich die Grenze nach dem Schönholzer Waldpark.

Gehen wir von der Poddieselstraße östlich in der Parkstraße weiter, so gelangen wir bald in den Schlosspark von Niederschönhausen. Hier ist noch echte Romantik zu Hause, und hier zeigt auch unter den breit ausladenden Zweigen der Parkbäume die Pante ein nettes Bächen; in Windungen fließt sie so klar dahin, als man es von einem Bache in der Nähe einer Großstadt verlangen kann.

Von hier aus ist ein Besuch der Plankenburger Laubenkolonien bequem zu bewerkstelligen. In wohlgepflegten, stadtähnlichen Quartieren sieht man die Früchte einer Arbeit, die für die Liebe des Großstadtbewohners zur Natur, zugleich aber auch für den Drang nach dem Besitze einer eigenen Scholle spricht.

## Zwei jugendliche Banditen.

### Der Überfall in der Nürnberger Straße vor Gericht.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte gestern unter Vorsitz des Jugendrichters, Landgerichtsdirektor Dr. Franke, zwei 19jährige Burischen wegen Raubüberfalls auf die Inhaberin eines Strumpfadens und auf deren 76jährige Mutter zu 2½ und 2 Jahren Gefängnis.

Am 9. Juli gegen 15¼ Uhr, erschien ein Strumpfadener Nürnberger Straße 89 ein junger Burische. Er bat, daß man ihm Strümpfe zeige. Die Verkäuferin hatte sich umgedreht, um das Gewünschte vom Regal zu nehmen, als er ihr mit einer Eisenstange einige Schläge über den Kopf versetzte. Als die Mutter der Verkäuferin, durch das Geräusch herbeigelaufen, in der Tür erschien, wurde auch sie niedergeschlagen. Der Uebelthäter rief aus der Kasse 36 Mark an sich, gestellte sich zu dem auf ihn draußen wartenden Komplizen und beide fuhrten im Auto davon. Das Geld wurde in derselben Nacht verjubelt. Als einige Tage später im Otto-Park ein junger Mensch erschossen aufgefunden wurde, gelang es der Polizei, den Täter in der Person des 19jährigen M. festzustellen. Gemeinsam mit dem gleichfalls 19jährigen H. hatte er auch den Überfall in der Nürnberger Straße ausgeführt. Er erklärte, sowohl den Revolver, den er mit sich führte, als auch das Brecheisen von H. erhalten zu haben. Letzterer wollte ihm nur die Schusswaffe gegeben haben. Dies in knappen Worten der Sachverhalt. Beide jugendliche Räuber hatten sich gestern — abgesehen über 18 Jahre alt sind — vor dem Jugendgericht zu verantworten.

Man sah gestern im Gerichtssaal die beiden Opfer der verrohten Burischen. Die jüngere Frau hatte fünf Kopfverletzungen, darunter einen Schädelbruch, davongetragen; einen Schädelbruch hatte auch die Mutter. Man sah auch den jungen Burischen mit einem Knabengesicht trotz seiner 19 Jahre —

Dr. Leppmann nannte ihn einen *Septosom*, d. h. einen Menschen, dessen körperliche Entwicklung hinter den Jahren zurückgeblieben ist — und es schien kaum glaubhaft, daß dieser Junge es hätte über sich bringen können, das schwere Brecheisen auf die Köpfe der Frauen niederzulassen zu lassen. Man hörte seine Antworten, das Sachverständigenurteil, die Reden des Staatsanwalts und der Verteidiger, das Gerichtsurteil und fand trotz allem keine Erklärung, daß solch ein Mensch diese Tat hat begehen können. Der Angeklagte hatte eine gute Erziehung genossen, und trotzdem diese Entwicklung? So fragt man sich entsetzt. Die einzige Erklärung bieten die Minderwertigkeits- und Unlustgefühle des Heranwachsenden. Er wollte noch werden und später zu Schiff fahren; der Vater steckte ihn aber in eine Kaufmannslehre, war sehr streng und prügelte noch den Ahtzehnjährigen. Dieser aber wollte seinen Kameraden gegenüber seinen Geltungsdrang durchsetzen und stahl, um mit ihnen im stotzen Leben mithalten zu können. Bald kam er, losgelöst vom festen Boden, in Verbrechertreife. Sein Komplize H. hatte eine ganz andere Entwicklung. Er konnte keine geordnete Hauslichkeit, Vater und Mutter lebten getrennt, der Junge war sich selbst überlassen, kam früh in Fürsorgeerziehung und begann früh Diebstähle zu begehen. Bei diesem H. wohnte aber M. und beging mit ihm eine Reihe Diebstähle.

Sanitätsrat Dr. Wippmann bezeichnete beide Angeklagten als *Psychopathen*; M. zeigte sich durch eine gewisse *Bezugskälte* und *Abkapselung* gegen die Außenwelt aus, und H. sei ein *übertragbarer Mensch*. Der Staatsanwalt beantragte je 3 Jahre Gefängnis. Das Gericht ging unter dieses Strafmaß herunter. Es bewertete aber M.s Schuld als die höhere, weil er es gewesen war, der die Tat ausgeführt hat.

Die Karten **Frauenwelt-Felerstunde** in der Volksbühne sind **ausverkauft**. Wir machen noch einmal darauf aufmerksam, daß die Verlosung der Plätze um 15 Uhr beginnt. Anfang der Vorstellung **pünktlich** 18 Uhr. Während der Vorträge bleiben die Türen geschlossen. — Besichtigung der Frauenwelt-Schau im Foyer der Volksbühne ab 18 Uhr und in der Pause. **Das Frauensekretariat.**

### Die wohlthätige Frau Bankdirektor.

Zahlt keinen Lohn und schimpft wie ein Rohrspah.

In bürgerlichen Zeitungen und hausfrauenzeitschriften ist die „Perle“, wie man läppisch die Hausangestellte bezeichnet, ein ständiges Thema. Immer wieder liest man in solchen Ausführenden, daß „heutzutage die Hausfrau nicht mehr wagen dürfe, ihrer Perle etwas zu sagen“. Wie die Dinge in Wahrheit immer noch liegen, erzählt man am besten in den Verhandlungen vor den Arbeitsgerichten. Hier enthüllen die Gnädigen oft genug eine unfähige Herzensrotheit, die in kraßem Gegensatz steht zu ihrer oft betonten sozialen Einstellung.

Die Gattin des Direktors einer der in letzter Zeit oft genannten D-Banken wollte vor aller Welt ihr Verständnis für die sozialen Notwendigkeiten unserer Zeit beweisen und nahm als Hausangestellte ein Mädel in ihr Haus, das früher in Fürsorgeerziehung war. Das Mädel ist eine Vollwaise, auferzogen und von der Mutter „verschont“ worden. Bei fremden Menschen herumgehoben, kam es schon mit 15 Jahren auf die schlesische Ebene und dadurch in Fürsorgeerziehung. Sehr ist das Mädel mündig. Eine Stellung findet es aber nur schwer, denn einen ehemaligen Fürsorgezögling nimmt niemand gern.

Die Frau Bankdirektor dachte anders. Sie nahm das Mädel auf. Denn solche Mädchen sind billig. Aus Angst, überhaupt keine Stellung zu bekommen, sind sie mit einem niedrigeren als dem ortsüblichen Lohn zufrieden. Und außerdem kann man diese Mädel natürlich ganz anders „anfassen“ als andere Hausangestellte. So sah die Wohlthätigkeit der Frau Direktor aus. Aber es kam noch besser. Als die „gnädige Frau“ von der Reise zurückgekommen war, glaubte sie, Anlaß zu Zurechtweisungen zu haben. Vor allem fühlte sie sich dadurch geschädigt und hintergangen, daß das Mädel eine Freundin, die keine Stellung hatte, für einige Tage im Haushalt aufgenommen und beschäftigt hatte. Das Mädel erklärte sich zwar sofort bereit, das „Rohrspah“ in Höhe von 18 M. von ihrem Lohn abgeben zu lassen. Aber die „Gnädige“ war damit nicht so ganz einverstanden. Sie hielt wieder einmal ihre so beliebten Vorträge über die Wohlthaten, die sie dem ehemaligen Fürsorgezögling erwies, daß „solch ein Mensch“ überhaupt zufrieden sein müßte, in einem ordentlichen Haushalt unterzukommen und dergleichen mehr. Das ging so lange, bis dem Mädel die Geduld rief. Es verlangte seine Papiere, den verdienten Lohn, wollte die Sachen packen und gehen.

Die wohlthätige Frau Bankdirektor zahlte den Lohn nicht, gab die Papiere nicht heraus und behielt die Sachen des Mädels ein. Sie hat zwar „soziale Verständnis“, aber wenn sie ihre Angestellte der Prostitution zutreibt, so kümmert sie

das nicht weiter. — Erst nach Wochen bequeme sich die Frau Direktor, einen Teil der Sachen und die Papiere herauszugeben. Den Lohn aber zahlte sie nicht und den Wintermantel des Mädels behielt sie ebenfalls, als „Schadenertrag“. Dieser Mantel war das einzige wirklich wertvolle Stück des Mädchens.

Schließlich traf sich die wohlthätige Frau Direktor mit dem Mädel auf dem Arbeitsgericht wieder. Hier hielt sie wieder schöne Reden über ihre Wohlthaten und die Undankbarkeit des Fürsorgezöglings. Zwischendurch beschimpfte sie im Straßenjargon die Rägerin, so daß schließlich dem mehr als nachsichtigen Vorsitzenden die Geduld rief. Die Frau Direktor wurde in eine Strafe von 10 M. genommen, eine Strafe, die in dieser Höhe hier bestimmt ihren Zweck verfehlt.

Im übrigen verließ der erste Termin erfolglos, da die Frau Direktor es strikte ablehnte, im Wege des Vergleichs auch nur einen Teil des verdienten Lohnes zu zahlen und den einbehaltenen Mantel der Rägerin herauszugeben. Es wird also noch ein Kammertermin stattfinden müssen, bevor die Hausangestellte zu ihrem verdienten Lohn kommt. Frau Direktor hat Zeit zum Warten.

### Kapitulation der Meuterei von Colorado.

Die mit schweren Kämpfen verbundene Meuterei im Staatsgefängnis von Cannon City (Colorado), über die im „Abend“ bereits berichtet wurde, hat heute am frühen Morgen mit der bedingungslosen Kapitulation der 150 im Gefängnisgebäude verhafteten Sträflinge geendet, nachdem die drei Führer der Meuterei Selbstmord begangen hatten. Die Eingeschlossenen vertieften mit aufgehobenen Händen ihr: Stellungen.

Plaza. In dem großen Varieté am Küstriner Platz hat man immer wieder die Freude zu sehen, daß es der Direction gelingt, zweimal an jedem Tage Tausende aus der arbeitenden Bevölkerung aus Anzeln und fragwürdigen Rintöppchen heraus in ein wirklich gutes Spezialitätenbrot zu bringen. Mit dem Oktoberprogramm legt die Plaza ihr Bestreben fort. Eya und Wolf bringen Lustifikationen in atemberaubender Ausführung. Carter ist der Mann mit den 100.000 Karren. Er verbindet größte Fingerfertigkeit mit wirkungsvollen Bühnenauffekten. Als echter Pariser Exzentriker, der seine Chançons mit „den Beinen singt“, stellt sich Rigols vor. Von den 3 Remus vermag der Untermann seine Muskeln so zu beherrschen, daß er sie hinlegt, wohin er will. Er dürfte der Schrecken für jeden maßnehmenden Schneider sein. Die Tanzpiscen des Ballets Gérard erfreuen durch tänzerische Akkuratheit und Originalität der Bühnenbilder; Tanz mit bester Virtuosität verbinden The dancing Marcell. Einen komischen Saltomortaltanzellast bringt Strodg, der gleichwertige Partner nur in einer früher gesehenen Indianertruppe haben dürfte. Ganz hervorragende Kunsttrabfahrer sind die 6 Dauntton-Shaws. Den humoristischen Teil bestreitet der rheinische Komiker Rohbrandt sehr zur Freude seiner Zuhörer.

Die Liga für Mutterchutz veranstaltet onäglich ihrer Reichsfunkonferenz am Sonnabend, dem 5. Oktober, eine Rundgebung unter der Leitung „Der Zwang zur Geburtenregelung“ in der Stadthalle, Klosterstraße. Beginn 20 Uhr.



# Genossinnen, Genossen! Besucht die in der nächsten Woche Sprengstoffattentate, Eugenberg- stattfindenden Kreismitglieder- Volksbegehren, Sozialreaktion. versammlungen. Tagesordnung:

## Herbst an der Mosel.

Mit zu den schönsten deutschen Landschaftsgebieten gehört unstreitig das Land der Mosel. Wer von den Eifelbergen mit ihrer herben Schönheit und vom Hunsrück mit seinen düsteren Wäldern hinabsteigt in das tiefeingeschnittene Moseltal, der steht überrascht vor dem Liebreiz dieser Landschaft: mit ihren Burgen, Städten und Dörfern, die sich in das enge Tal schmiegen, steht sie der Romantik der rheinischen Landschaft nicht nach. Zerfallene Burgen ragen auf den Berghängen, in den Dörfern und Städten streben allersgraue Kirchtürme zum Himmel, stille, grüne Wälder krönen die Bergespitzen und laden zur Wanderung ein. An den Bergeshängen aber klettern über steile Felsen die Weinberge empor und erzählen von der harten Arbeit der Winzer, die hier seit Jahrtausenden dem Boden den Rebenmost abringen.

Der Wein ist der König der Mosel. Es gibt kaum ein Dorf und ein Städtchen, das nicht von grünen Rebhügeln umschlungen ist, die an allen Hängen und Schluchten emporstehen und trinkreifen Reben einen herrlichen Tropfen liefern. Bescheiden und anspruchslos wie die Landschaft und ihre Bevölkerung, hat auch das Rebengewächs lange Zeit ein verschämtes Dasein geführt und seinen Värm für sich gemacht. Erst die harte Not der Gegenwart war der Anlaß, daß der Moselwein sich jene Geltung verschaffte, die er in reichem Maße verdient. Heute wehlt alle Welt die liebliche Blume, den süßen Duft und die herbe Schönheit des Moselweins zu schätzen. Und doch, wer ihn recht genießen will, der muß den Tropfen an der Quelle trinken; der muß durch die liebliche Landschaft wandern, in den stillen verträumten Städten und Dörfern Rast halten, ihre alten Giebelhäuser und die ganze reizvolle Landschaft auf sich wirken lassen. Überall findet der Wanderer gemütliche Gaststätten, gute und billige Unterkunft, überall trifft er gastfreundliche Bevölkerung, die dem Fremden den Aufenthalt recht behaglich zu gestalten bemüht ist. Zu jeder Jahreszeit hat die Mosellandschaft ihre Reize. Im Frühling, wenn die Pfirsiche und Aprikosen blühen, und im Sommer, wenn die Früchte reifen. Am schönsten aber ist doch der Herbst, wenn die milde Sonne die köstlichen Trauben zur Reife bringt und das Lied der Winzer von den Bergen widerhallt. Schön wandert es sich da über Berg und Tal, vorbei an all der landschaftlichen Schönheit und dem reichen Segen, vorbei an all jenen fleißigen Menschen, die aller Ungunst des Wetters und der Zeit zum Trotz heiter und unerschrocken ihre Arbeit tun und das von den Urätern ererbte Rebenflöß betreten, um ihm im Herbst den köstlichen Wein abzugewinnen.

Die Gasse, die der größte Nebenfluß des Rheins durchströmt, sind älteste deutsche Kulturböden. Hier auf den Bergen des Hunsrücks und der Eifel und im Tale des rebenumkränzten Flusses haben die Kelten mit den eindringenden Römern und die Germanenstämme um die Herrschaft gerungen, als das übrige Deutschland kaum noch in das Licht der Geschichte hineingerückt war. Das bezeugt schon allein die Tatsache, daß an der Stelle, an der sich die Mosel dem Rhein zumündet beginnt, die älteste deutsche Stadt, das jagenumwobene Trier liegt, das auf eine viertausendjährige Vergangenheit zurückblicken kann. Wo die Mosel in den Rhein mündet, da erhebt sich Koblenz, das auf den Trümmern eines römischen Kastells entstanden ist.

## Der Tod des Landgerichtsdirektors.

In einem Wassergraben tot aufgefunden.

Vor einigen Tagen erreichte das geheimnisvolle Verschwinden des 71jährigen Landgerichtsdirektors a. D. Hoerich aus Stettin erhebliches Aufsehen. Der Vermisste ist jetzt endlich in einem Wassergraben als Leiche aufgefunden worden.

Der alte Herr wurde seit dem vergangenen Montag vermisst. Er war Junggeselle und ein leidenschaftlicher Jäger. In Hohen-Reinkendorf bei Garh an der Oder hatte er eine Jagd gepachtet. Am Montag früh hatte er mit seinem Hund und mit einem Gewehr und Rucksack ausgerüstet, Stettin verlassen, um auf die Jagd zu gehen. Am selben Tage gegen 11 Uhr war Hoerich von Landeuten noch auf der Landstraße zwischen Garh und Hohen-Reinkendorf gesehen worden. Von diesem Augenblick an fehlte zunächst jede Spur von ihm. Eine Landjägerstreife unternahm Nachforschungen, die aber ergebnislos verliefen. Außerdem wurde von Stettiner Kriminalbeamten mit Polizeihunden unter Unterstützung der Schutzpolizei nach dem Vermissten gesucht. Aber auch dieser Maßnahme blieb zunächst ein Erfolg versagt. Auf Veranlassung des Berliner Polizeipräsidenten wurde daraufhin am Donnerstag zur Suche nach dem vermissten Landgerichtsdirektor nochmals Schutzpolizei, Landjäger und Kriminalpolizei mit Polizeihunden geschickt. Diese Aktion war dann auch von Erfolg begleitet. Um 16.30 Uhr wurde Hoerich als Leiche in einem mit Wasser gefüllten Graben des zum Jagdgebiet gehörenden Bruches aufgefunden. Am Grabenrand lag sein Hut und dicht daneben ein geschossener Fasan. Gleichfalls fand sich neben ihm sein Gewehr. Der Tod dürfte allem Anschein nach durch Herzschlag oder Ertrinken erfolgt sein. Die Uhr des Toten war auf 5.30 Uhr stehen geblieben.

Sofort nach der Auffindung der Leiche erschien auch der Generalstaatsanwalt am Fundort. Die Leiche wurde be- schagnahmt und nach Stettin gebracht.

## Konzertabend im Saalbau Friedrichshain.

Die Volkshochschule Prenzlauer Berg und Friedrichshain gaben im Saalbau Friedrichshain ihr erstes Vokalkonzert unter Mitwirkung des Berliner Sinfonie-Orchesters, des Berliner Liedchor und des Gemischten Chors Groß-Berlin; die musikalische Leitung lag in den Händen von Georg Oskar Schumann. Tschakowskys Whantale „Romeo und Julia“ leitete den Abend ein, dann sang der Gemischte Chor vier Lancashire-Lieder von Scherchen, die durch ihre tegliche und musikalische Eigenart ungemein gut gefielen; besonders die Gesänge „Der alte Wirt in Lancashire“ und „Die hundert Männer von Haswell“ sind Werke von hohem menschlichen und künstlerischen Niveau. Chöre von Hegar und Uthmann, darunter das immer wieder gern gehörte „Du ferne Land“, vorgetragen vom Liedchor, fanden ebenfalls stärksten Beifall, und immer erzwangen sich die Zuhörer Dacapos. Beethovens Sinfonie Nr. 6, das gewaltige Werk des großen Meisters, das ihn hier in sonntiger, heiterer Naturbegeisterung zeigt, bildete den Schluß des Programms. Der ganze Abend stand auf hohem künstlerischen Niveau, und die zahlreich erschienenen Zuhörer spendeten herzlichsten Beifall.

Bezirksausschuß für sozialistische Bildungsarbeit. Theater- vorstellung am Sonntag, dem 13. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Staatlichen Schillertheater („Treibjagd“). Karten zu 1,50 Mark in allen bekannten Verkaufsstellen und im Bureau des Bildungsausschusses.

# Berlin als Weltstadt Anregung und Kritik

## Warum ist die Schorfheide gesperrt?

Schon lange hatten wir die Absicht, einmal einen Streifzug durch die an dem einzig schönen Werbellinsee geliegene Schorfheide zu machen. Einer der jetzigen Herbstsonntage schien uns so recht geeignet dazu. In unserem Besitz befindet sich ein altes Wanderbuch aus der Vorkriegszeit. Wir erwählten daraus eine Tour, vom Bahnhof Werbellinsee ausgehend, am Rorbufer des Sees entlang, über Forsthaus Schorfheide zum Jagdschloß Hubertusstock. Von dort aus wollten wir laut Führer quer durch die Heide, bei Königsanden die Straße Großschönebeck-Joachimsthal und auf dieser Joachimsthal selbst erreichen. Schon auf unserem Wege bis zum Jagdschloß Hubertusstock fielen uns die zahlreichen Waldwege mit den ominösen Tafeln „Verbotener Weg“ auf. Noch mehr enttäuscht waren wir aber, als wir auf dem Hauptweg von Schloß Hubertusstock nach Königsanden, circa 200 Meter hinter dem Schloß, den Weg durch ein verschlossenes Gatter versperrt fanden. Das Schloß, zurzeit unbewohnt, ist nur Försterei (warum kein Kinderheim oder dergleichen?). Von einem Angestellten dieser Försterei wurde uns erklärt, daß es vom Schloß aus nicht möglich sei, auf dem von uns beabsichtigten Wege an unser Ziel zu gelangen, denn das ganze Heidegebiet sei für öffentlichen Verkehr gesperrt. Als Grund für diese Maßnahme gab er Wilddiebereien von Automobilisten an. Wir fragen nun: Kommt man diesem Treiben schiefwärtiger Autobesitzer nicht auf anderem Wege Einhalt tun, ohne damit alle wahren Naturfreunde zu treffen? Unser Wanderbuch stammt, wie bereits erwähnt, aus der Vorkriegszeit, als der Ernter noch über die Forst zu verfügen hatte. Ruhe es erst einer republikanischen Behörde vorbehalten bleiben, den erholungsbedürftigen Berlinern

eins ihrer schönsten und eigenartigsten Ausflugsgebiete zu entziehen? Vielleicht bekommt die Deffektivität eine Aufklärung über diese unverständliche Maßnahme.

## Um die Rechnung des Fernsprechanlies.

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel kommt allmonatlich die Telefonrechnung ins Haus geschneit; zu einem Zeitpunkt ungünstigster finanzieller Verfassung, soweit in unseren Zeiten das Wort „günstig“, hierfür angewandt, überhaupt Existenzberechtigung besitzt. Der überwiegende Teil der Menschheit setzt sich bekanntlich aus Arbeitnehmern zusammen, die wiederum in der Mehrheit in einem festen Lohnverhältnis stehen und daher, je mehr der Monat sich seinem Ende zuneigt, auch am Tiefstand ihrer Kasse angelangt sind. Abgesehen vom Arbeitslohn, erfolgt ja auch die Auszahlung aller anderen Bezüge, wie Unterstützung, Rente usw. monatsweise und so sind auch alle laufenden Zahlungen stets und überall per Ultimo, d. h. zum Monatsletzten, fällig. Eine rühmliche und für den Betroffenen recht peinliche Ausnahme macht hier nur das übliche Telefonamt, das uns das Refutat seiner monatlichen Schuldrechnung etwa um den 20. herum, also zu einem höchst ungünstigen Termin, zukommen läßt. Wegen den Berechnungstermin und die Befreiung der Rechnungen hat natürlich kein Mensch etwas einzulenden. Warum aber die Zahlung promptest innerhalb weniger Tage — bei Anschlußentziehung — erfolgen muß, ist nicht recht ersichtlich. Sollte der Eingang der Zahlungen am Monatsende nicht auch noch zureichend sein? Schließlich ist es kein unbilliges Verlangen, sich dem allgemein üblichen Zahlungsmodus anzupassen und damit dem Publikum Unannehmlichkeiten verschiedenster Art, wie geschäftliche Schädigung durch die Sperrmaßnahme, unnötige Laufereien und vor allem Mehrkosten, zu ersparen!

**Deutscher Metallarbeiter-Verein**  
Verwaltungsstelle Berlin  
**Todesanzeigen**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter  
**Gustav Driest**  
geb. 2. August 1870, am 1. Oktober  
gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag,  
3. Oktober, 15<sup>1/2</sup> Uhr, von der Leichen-  
halle des Kirchhofs in Reinickendorf-  
West, Humboldtstr., aus statt.  
Am 1. Oktober starb unser Kollege,  
der Formet  
**Adolf Herold**  
geb. 20. Februar 1856.  
Die Beerdigung findet am Sonn-  
abend, 5. Oktober, 18<sup>1/2</sup> Uhr, von der  
Leichenhalle des Rosaroth-Kirchhofs  
in Reinickendorf-West aus statt.  
Ehre ihrem Andenken!  
Rege Beteiligung erbetet  
Die Ortsverwaltung

**Verband der Buchbinder u. Papierverarbeiter**  
Ortsverwaltung Berlin.  
**Todesanzeige.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß  
unser Kollege, der Buchbinder  
**Bernhard Smietana**  
Petersburger Str. 79, verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Einäscherung findet am Sonn-  
abend, dem 5. Oktober, vormittags  
10 Uhr, im Krematorium Baum-  
schulenberg statt.  
Rege Beteiligung erbetet  
Die Ortsverwaltung.

Am 1. Oktober verstarb plötzlich am  
Herzschlag unser treuer Genosse  
**Richard Schulz**  
Kollberg Str. 12/13  
Ehre seinem Andenken!  
18. Abteilung, Zahnarzt Schmidt  
Die Einäscherung findet am Sonn-  
abend, dem 3. Oktober, abds. 7 Uhr,  
im Krematorium Gerichtstraße statt.

**Danksagung**  
Nur auf diesem Wege ist es uns  
möglich, allen denen zu danken, die  
uns beim Hinscheiden unseres lieben  
Entschlafenen  
**Friedrich Nothmann**  
treu zur Seite standen und ihm das  
letzte, so ehrenvolle Geleit gaben.  
Besonderen Dank den Rednern, sowie  
den Kollegen und Kolleginnen des  
Arbeitsamtes Berlin-Mitte, des Ver-  
lebensbundes des Kommunalverbandes  
und der SPD, 90. Wkt., ebenfalls den  
Mitgliedern des Hauses Welschstraße 15.  
Nochmals allen herzlichsten Dank.  
**Luise Nothmann  
und Kinder**  
Kreuzstr., den 4. Oktober 1929.



**Tee frühmorgens  
schmeckt denn das?**

*Jawohl, wenn man Marke*

**TEEKANNE „LILA“**

den egalisierten kleinblättrigen, daher  
ergiebigen und besonders vollmundigen  
Morgen-Tee, stark aufgegossen, mit  
Milch oder Sahne, nach Geschmack mit  
oder ohne Zucker, trinkt. Man fühlt  
sich dann frischer und ist besser vor-  
bereitet für die Tagesarbeit als seither.  
Außerdem ist er billiger als die meisten  
Frühstücksgetränke, denn 1 Pfund =  
500—600 Tassen kostet nur RM 6.—

**50-Gramm-Paket 65 Pfennige**  
demnach:  
**Eine Tasse kräftiger Tee nur ca. 1 Pfg.**

„Teekanne Lila“ wie auch die ähnlichen anderen  
„Teekanne“-Sorten werden nur in Original-  
Packungen mit Schutzmarke „Teekanne“,  
niemals lose verkauft. Fast alle Nahrungsmittel-  
und Drogerie-Geschäfte führen „Teekanne“-Tees.  
Auf Wunsch werden Verkaufsstellen nachgewiesen.

20000.— RM Preise für die besten An-  
worten auf die Frage „Welche Vorzüge hat Tee,  
frühmorgens genossen, gegenüber anderen  
Frühstücksgetränken?“ — Verlangen Sie Be-  
dingungen bei Ihrer Einkaufsstelle oder von der  
Teekanne Co., Dresden-A. 1, Schleichstr. 37.

Am 2. Oktober verstarb nach kurzem  
schmerzlichen Leiden unser lieber Sohn  
und Bruder  
**Albert Patge**  
im 21. Lebensjahre.  
Dieses zeigen teilnehmend an  
Familie Patge  
Hilde Keipin als Braut.  
Die Einäscherung findet am 8. Ok-  
tober, 16<sup>1/2</sup> Uhr, im Krematorium  
Gerichtstraße statt.

**Damen - Mantel - Fabrik**  
Paul Linck, Neukölln, Reuterstraße 63  
an der Kaiser-Friedrich-Straße

**Mäntel :: Kostüme :: Röcke**  
sind in jeder Größe und Preislage stets am Lager.  
Größen, welche nicht am Lager, werden für jede  
Figur angefertigt; speziell für starke Damen.

Qualitäts-, Babal-  
u. Reklamemarken  
gegen Nachahmung  
gesetzl. gesch.  
errigt seit 45 Jahr  
als Spezialität.  
**Courad Müller**  
Leipzig - Scheuditz



# Ein Elektropakt Preußen-Frankfurt

## Richtunggebende Gemeinschaftsarbeit zwischen Staat und Kommune.

Zwischen dem Elektrotrust des preussischen Staates, der Preussischen Elektrizität A.-G. und der Stadt Frankfurt sind Verträge zum Abschluß reifgemacht worden, die unter Preußens Führung zu einer neuen Abrundung und rationalen Gestaltung der deutschen Elektrowirtschaft besonders in Süddeutschland führen werden und die richtunggebend sind für die Art, wie Staat und Kommune durch Verbindung und Austausch ihrer Interessen finanziellen Schwierigkeiten der öffentlichen Wirtschaft begegnen und dem Aufbau einer organischen und einheitlichen Elektrowirtschaft dienen können. Die Aufsichtsräte der beteiligten Gruppen haben den Vertragsentwürfen zugestimmt, so daß die endgültig beschließenden Stellen die Durchführung der Verträge bald verwirklichen können.

### Inhalt und Folgen der Verträge.

1. Die Stadt Frankfurt verstärkt ihre Versorgung mit elektrischer Kraft durch die Erhöhung des Fremdstrombezuges, der von der Preussischen Elektrizität A.-G. sichergestellt wird. Als Großkonsument der Preussischen Elektrizität A.-G. übernimmt die Stadt Frankfurt 15 Millionen Preag-Aktien — zum Kurs von 150 Proz. — und wird damit zum ersten bedeutenden kommunalen Großaktionär des preussischen Elektrotrusts. Die Voraussetzungen dafür liegen in der bisher schon systematisch in der preussischen Elektrowirtschaft verfolgten Zusammenarbeit zwischen Stromlieferant und kommunalen Abnehmern und in den Beschlüssen des Landtags, ein Viertel des Preag-Kapitals zur Beteiligung von Kommunen an der Preag bereitzustellen.

2. Auf der anderen Seite und in Anrechnung auf die durch die Aktienübernahme entstehende Schuld überträgt die Stadt Frankfurt bzw. die Frankfurter Gasgesellschaft einen Teil der als Kraftquellen durch den vermehrten Fremdstrombezug entbehrlich gewordene Leistungsubstanz auf die Preag. Und zwar erstens die 50prozentige Beteiligung der Stadt Frankfurt — 1,5 Millionen Aktien zu pari von insgesamt 3 Millionen Mark Kapital — an der Braunkohlen-Schweitzerwerk Hefsen-Frankfurt A.-G. (Hefrag), die bisher schon einen großen Teil der Stromlieferung Oberhessens durchgeführt hat und mit der schon Stromlieferungsverträge mit dem preussischen Elektrotrust laufen. Zweitens überträgt die Frankfurter Gasgesellschaft die von ihr fast restlos beherrschte Gewerkschaft Friedrich in Hungen (Kuzenkapital von 600 000 M.) an die Preag, wobei die Frankfurter Gasgesellschaft sich das Kaufrecht für das erzeugte Braunkohlengas vorbehält. Diese Anlagen werden als Kraftquellen der preussischen Kraftzeugung eingegliedert, womit auch der Staat Hefsen, dessen lebendiges Interesse für ein einheitliches rhein-mainisches Wirtschaftsgebiet bekannt ist, in erfreulicher Weise zu dieser Vereinblichung wird beitragen können, da Hefsen ebenfalls mit 50 Proz. an der Hefrag beteiligt ist.

3. Ein weiterer sehr wichtiger Bestandteil der Verträge gilt der Vorsorge für die Rückgliederung des Saargebietes in das deutsche Wirtschaftsgebiet, Vereinbarungen, die unter nationalen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten ganz besonders zu begrüßen sind. Um dem Saargebiet in der Zukunft einen wachsenden Elektroexport über seine Grenzen nach Süddeutschland zu ermöglichen, haben Preußen und Frankfurt ein steigendes Saarstromkontingent festgelegt, dessen Einfuhr in das Frankfurter

Gebiet praktisch über das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswert erfolgen wird. — Das RWL hat damit in erfreulicher Weise, da es außerdem auf Gewinn bei der Uebermittlung des Saarstromes durch seine Leitungen verzichtet, einen praktischen Beweis gegeben, daß es ihm heute mit dem Saar-Elektrofrieden erst ist. Freilich bedeutet die Vereinbarung Preußen-Frankfurt und die Mitwirkung des RWL für den Saarstromimport nur einen allerersten Schritt für jene großen Dienste, die die große Mutter Deutschland dem Saarland noch leisten muß, und es muß erwartet werden, daß Preußen, das Reich, die Reichsbahn und auch das RWL, jenen mengenmäßigen Stromabfluß des Saargebietes in die süddeutschen Gebiete sicherstellen werden, dessen der Wiederaufbau des Saargebietes bedarf.

4. Endlich sehen die Verträge das Eintreten der Preag in die vertraglichen Finanzierungsverpflichtungen vor, die die Stadt Frankfurt gegenüber dem Reichsverkehrsministerium für den Ausbau der Untermainischen übernommen hat, und deren Durchführung durch die allgemeine finanzielle Rottung der Gemeinden und die Schwierigkeiten in der Kapitalbeschaffung gegenwärtig sehr erschwert sind. Diese scheinbar nicht so wichtige Vereinbarung hat eine große Bedeutung insofern, als sie einen praktischen Weg für die sehr ernste Frage zeigt, wie durch Kooperation zwischen Staat und Kommune Finanzschwierigkeiten behoben werden können, die eine Gefährdung der Rationalisierung und des Aufbaues einer einheitlichen öffentlichen Kraftwirtschaft zur Folge haben könnten.

### Die Bedeutung dieser Verträge ist groß.

Inbesondere der preussische Staat hat hier einen wichtigen Schritt gemacht, für die Zusammenfassung der Kräfte in der öffentlichen Wirtschaft die Richtung zu weisen. Die Preussische Elektrizität A.-G. hat schon seit längerer Zeit das Programm einer Gemeinschaftsarbeit des Staates als des Besitzers der Großkraftwerke mit den Kommunen aufgestellt, dessen Durchführung sowohl die Fortschritte der Technik für Erzeuger und Abnehmer fruchtbar machen, als auch die Zusammenfassung zersplitterter Versorgungsgebiete zu größeren Einheiten mit entsprechender einheitlicher und günstiger Tarifbildung für die Konsumenten sichern will. Die Notwendigkeit interkommunaler Zusammenarbeit der öffentlichen Werke, die auch auf dem letzten Städtetag nachdrücklich unterstrichen worden ist, hat durch Initiative Preußens eine beispielgebende Förderung erfahren.

Frankfurt als Großstadt hat jenen Weitblick in wirtschaftlichen Dingen bewiesen, den man leider bei den Großstädten in den letzten Jahren allzulehr vermissen mußte und der manche fruchtbare wirtschaftliche Aufbaubarbeit vielfach gehemmt hat. Das Zusammenwirken des preussischen Staates, des Staates Hefsen und der Stadt Frankfurt wird zweifellos die zukünftige Schlagkraft der öffentlichen Wirtschaft gegenüber den Gefahren, die sie gegenwärtig bedrohen, erhöhen. Die Gemeinschaftsarbeit von staatlichen und kommunalen Partnern in diesem Maße wird jedem der beiden Partner dienen, sei es in der Gegenwart oder in der Zukunft, indem es die Kräfte jedes einzelnen der beiden Partner erhöht, und das erstmalige einheitliche Zusammenwirken von Preußen, Süddeutschland und dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswert zum Wiederaufbau des Saargebietes ist ein Aktivismus, dessen man sich volkswirtschaftlich und politisch ganz besonders freuen darf.

# Stickstoff-Dämmerung.

## Der Verbrauch kommt nicht mehr mit. — Das neue Stickstoffsyndikat.

Nachdem eine Zeitlang im Inland wie im Ausland über die Aussichten der Stickstoffindustrie ein großer Optimismus geherrscht hatte, ist jetzt infolge des zu umfangreichen Ausbaues immer neuer Stickstoffanlagen die Lage für manche Gruppen offenbar etwas kritisch geworden. Es ist in erster Linie die Gefahr einer allgemeinen Ueberproduktion, die vor einigen Monaten die I. G. Farbenindustrie A.-G., die Chilealpeterindustrie, den britischen Chemietrust und die von der I. G. Farben kontrollierte Norsk Hydro veranlaßt hatte, miteinander einen Interessengemeinschaftsvertrag abzuschließen und eine Preiskonvention einzugehen. In den letzten Wochen ist von diesen Gruppen mit zwei weiteren Konzernen verhandelt worden, dem französischen Ruhmann-Konzern sowie der Société Belge de Azote, die von dem Montanonzern Dugreé-Marihaye kontrolliert wird. Auch wenn mit diesen beiden Gesellschaften, wie wohl zu erwarten ist, eine Einigung erzielt wird, werden immer noch wichtige Gruppen außerhalb dieser internationalen Vereinbarung bleiben, so die französische Gruppe Air-Liquide, der amerikanische Dupont-Konzern, die amerikanische Allied Chemical and Dye Corporation, ferner weitere amerikanische Gruppen, die japanischen Gesellschaften und zahlreiche mittlere und kleinere Erzeuger in Europa.

Obwohl unter Einschluß der französischen und der belgischen Gesellschaft, mit denen verhandelt worden ist, fast vier Fünftel der Weltproduktion zusammengefaßt

wären, würde doch die Konkurrenz der restlichen Produzenten genügen, um einen kostspieligen Preiskampf zu entfesseln. Die Konkurrenzlage und der Ausgang eines solchen Kampfes wären ziemlich klar, wenn es sich nur um einen rein wirtschaftlichen Kampf handeln würde. Tatsächlich wird jedoch in verschiedenen Ländern die Stickstoffindustrie aus militärischen Gründen mit staatlichen Mitteln großgezogen.

Auch in Deutschland wird gegenwärtig verhandelt. Bekanntlich sind im Ruhrgebiet in den letzten Jahren einige neue größere Anlagen errichtet worden, und eine Reihe weiterer ist im Bau geplant. So hat die Hibernia-Gesellschaft, eine Zechengesellschaft des preussischen Staates, gemeinsam mit dem Röchling-Konzern gehörenden Zechen Mont Genis die Gasverarbeitungs-Gesellschaft gegründet, die bereits zwei Anlagen mit einer Leistungsfähigkeit von je etwa 20 000 Tonnen Reinstickstoff in Betrieb hat. Eine dritte Anlage für ebenfalls 20 000 Tonnen ist im Bau. Die von einer Reihe Ruhrzechen gemeinsam gegründete Ruhrchemie A.-G. hat eine Anlage errichtet, die etwa 21 500 Tonnen Leistungsfähigkeit hat; eine zweite etwa ebenso große Anlage ist im Bau. Der Alsdorfer-Konzern hat zusammen mit dem Kalikonzerne Kaliindustrie A.-G. Wintershall ein Werk errichtet, in dem rund 18 000 Tonnen Reinstickstoff hergestellt werden können. Schließlich beabsichtigt die Zechen Ewald, eine Anlage mit einer

Leistungsfähigkeit von 10 000 Tonnen Reinstickstoff zu errichten. Zu diesen Anlagen und Projekten im Ruhrgebiet kommt noch die Anlage, die die Fürstlich Bielefelder Verwaltung in Niederschlesien errichten will (Stickstoffwerke A.-G. Waldenburg); sie soll eine Leistungsfähigkeit von 15 000 Tonnen Stickstoff haben. Auch in Niederschlesien ist wohl in absehbarer Zeit noch mit einer zweiten Anlage gleicher Größe zu rechnen. Die Räumung des Saargebietes wird wahrscheinlich ebenfalls die Errichtung einiger Werke zur Folge haben.

Alles in allem bedeutet die so hinzugetretene Leistung der bereits fertigen Anlagen des Ruhrgebietes rund 80 000 Tonnen Reinstickstoff. Diese Leistungsfähigkeit dürfte freilich nirgends voll ausgenutzt werden. Zu dieser Menge kommen etwa 80 000 Tonnen Reinstickstoff, die in den älteren Zechenanlagen in Ammoniakform hergestellt werden. Wie groß in Deutschland gegenwärtig die Reinstickstoffproduktion ist, ist nicht bekannt. Die Bayerischen Reinstickstoffwerke erzeugten im vergangenen Jahr etwa 32 000 Tonnen Reinstickstoff.

Der bei weitem größte Produzent ist natürlich die I. G. Farbenindustrie, deren Anlagen im vergangenen Jahr eine Leistungsfähigkeit von 700 000 Tonnen hatten. Allerdings wurden auch hier die Anlagen nur zum Teil ausgenutzt, und 1928 betrug die Stickstoffherzeugung der I. G. Farben nur etwa 550 000 Tonnen Reinstickstoff.

### Gegenüber dem gewaltigen Anlagenzuwachs blieb der Verbrauch zurück.

Er betrug z. B. in der deutschen Landwirtschaft 1925/26: 380 000 Tonnen, stieg 1926/27 auf 400 000 Tonnen, ging dann etwas zurück und betrug 1927/28: 390 000 Tonnen, um 1928/29 auf 425 000 Tonnen anzuwachsen. Da auch der Export sich infolge des vermehrten Angebots ausländischer Gruppen nicht in dem wohl erwarteten Ausmaß steigerte, wird der Wunsch der Stickstoffproduzenten, sich über die weitere Produktionsentwicklung zu verständigen, erklärlich. Angehörig soll die I. G. Farbenindustrie A.-G. in den Besprechungen mit den Stickstoffproduzenten des Ruhrgebietes die Forderung gestellt haben, daß dort wenigstens keine neuen Anlagen mehr errichtet werden.

Im übrigen handelt es sich bei diesen Besprechungen darum, eine neue Form für das im nächsten Jahr ablaufende Stickstoffsyndikat zu finden und insbesondere die ihm noch nicht angehörenden Gruppen wie insbesondere die Ruhrchemie A.-G. anzuschließen. Die bisherigen Syndikatsmitglieder sind die I. G. Farbenindustrie A.-G., die Deutsche Ammoniak-Bereitigung in Bochum und Bayerischen Stickstoffwerke. Bei der großen Zahl der Produzentengruppen im Inland wie im Ausland werden sowohl die Verhandlungen in Deutschland als auch die internationalen Verhandlungen erheblichen Schwierigkeiten begegnen. Gleichwohl muß man damit rechnen, daß der Kreis der zusammenarbeitenden Gruppen immer umfassender wird.

# Russenkäufe in Deutschland.

## Rückgang im letzten Wirtschaftsjahr.

Die Berliner Handelsvertretung der Sowjetunion gibt jetzt eine Uebersicht über ihre Bestellungen in dem am 30. September abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1928/29. Hiernach beließen sich die unmittelbaren Aufträge der Handelsvertretung auf rund 360 Millionen Mark und übertrafen damit die Bestellungen des Vorjahres um rund 4,2 Millionen Mark. Dagegen lagen die Aufträge der kontrollierten Organisation mit 32,2 Millionen Mark um knapp 13 Millionen Mark unter den Ergebnissen des Vorjahres.

Insgesamt sind also die Aufträge der Sowjetunion in Deutschland im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1928/29 um rund 400 auf etwa 392 Millionen Mark zurückgegangen. Da in den ersten sechs Monaten des letzten Wirtschaftsjahres, also vom Oktober 1928 bis April 1929, die Aufträge der Sowjetunion für Deutschland um mehr als 30 Proz. hinter denen des Vorjahres zurückgeblieben waren, ist der Rückgang der nach Deutschland vergebenen Bestellungen ziemlich gering.

Dieses verhältnismäßig günstige Ergebnis ist hauptsächlich auf die starke Auftragssteigerung vom April bis September zurückzuführen. In diesen Monaten erhöhten sich die russischen Bestellungen in Deutschland auf 233 gegenüber nur 173 Millionen Mark in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Einen Höchststand wies der September mit Aufträgen von mehr als 62 Millionen auf.

Im einzelnen sind die Bestellungen für Lederwaren um mehr als die Hälfte auf rund 14 Millionen gesunken. Auch die Textilaufträge haben sich von 42 auf 33 Millionen verringert. Die Einkäufe der Börsewarensabteilung in Hamburg sind mit 5,2 Millionen auf ein Viertel ihres vorjährigen Umfangs zusammengeschrumpft. Dies dürfte in erster Linie mit der Dröselung von Baumwoll- und Relaisimporten zusammenhängen. Dagegen hat sich die russische Einfuhr für industrielle Einrichtungen mit fast 34 Millionen weit mehr als verdoppelt. Auch die Eisenbahn- und Schiffsabteilung hat mit fast 13 Millionen ihre Einkäufe in Deutschland um mehr als 100 Proz. gesteigert. Die Abteilung Techno-Import, das wichtigste Einkaufsressort der Handelsvertretung, hat ihre Einkäufe gleichfalls von 100,5 auf fast 106 Millionen Mark erhöht.

Um ein abschließendes Urteil über die Stellung Deutschlands im russischen Außenhandel zu gewinnen, muß aber noch die Berücksichtigung der Handelsbilanz und der Importe der anderen Industrieländer abgewartet werden.

# Fortsetzung der Ostpreußen-Sanierung.

## 15 Mill. neuer Umschuldungskredite.

Die Verhandlungen des Reichsernährungsministers Dietrich mit der Preußenkasse und der Rentenbank-Kreditanstalt haben dazu geführt, daß zur Gewährung von Umschuldungskrediten (Verwandlung kurzfristiger Schulden in langfristige) die Preußenkasse 10 Millionen und die Rentenbankkreditanstalt 5 Millionen auf ein Jahr für Ostpreußen bereitstellen.

Da von dem Reich bereits 30 Millionen Mark Vorschüsse für die Umschuldung in Ostpreußen bereitgestellt sind, stehen somit im ganzen 45 Millionen Kreditmittel zur Verfügung. Unter Berücksichtigung der bisherigen Anzahlungsbedingungen können mehr als 48 Millionen Mark Darlehen zur Umschuldung gewährt werden. An dem im Reichsgesetz über die Ostpreußenhilfe vorgezeichneten Gesamtbetrag von 50 Millionen Mark fehlen hiernach nur noch 2 Millionen, über deren Bereitstellung noch verhandelt wird.

Mit der neuen Bereitstellung der erwähnten 15 Millionen ist die Träglichkeit gegeben, die aus Rangel an Kreditmitteln ins Stocken geratene Umschuldungs- und Sanierungsaktion in Ostpreußen fortzusetzen. — Wir hatten gestern erst darauf hingewiesen, wie schlecht die bäuerlichen Betriebe bei der Verteilung der Gelder aus der Ostpreußenhilfe gegenüber dem Großgrundbesitz mangelnd sind. Wir hoffen dringend, daß die amtlichen Stellen jetzt dafür sorgen werden, daß die bewilligten Kredite auch wirklich an der richtigen Stelle zur Verteilung gelangen.

Der Kasabach im September. Die Abladungen des Deutschen Kasabach stiegen im September auf 1,23 gegen 0,96 Millionen Doppelzentner im August. Allerdings wurde der Umsatz vom September vorigen Jahres mit 1,4 Millionen Doppelzentner Reinfalt nicht ganz erreicht. In den ersten fünf Monaten des laufenden Düngejahres (Mai bis September) stellte sich der Absatz auf 4,8 gegen 5,1 Millionen Doppelzentner in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Vergleicht man die Umsatzergebnisse von Januar bis September mit 11,38 Millionen Doppelzentner mit dem entsprechenden Vorjahresumsatz von 11,55 Millionen Doppelzentner, so zeigt sich, daß die Reformumsätze von 1928 im laufenden Jahr fast gehalten werden konnten. Die Umsätze in den entsprechenden Monaten von 1927 mit 10 Millionen und von 1926 mit 8,7 Millionen Doppelzentner bleiben hinter den bisherigen Ergebnissen im laufenden Jahr weit zurück.

Neugründung im Textilmaschinenverkauf. In Berlin ist jetzt unter der Firma Internationaler Maratti-Maschinenverkauf A.-G. eine Gesellschaft mit einem Kapital von 1 Million gegründet worden. Das Unternehmen bezweckt die Auswertung einer Generallizenz auf Herstellung, Gebrauch und Verwertung der durch Patente geschützten Maratti-Wir- und Strickmaschinen. Diese Patente hat die neue Gesellschaft von der Patentbesitzerin, der Maratti A.-G. in Genf, erworben. Mit Ausnahme von Großbritannien und der britischen Dominien ohne Kanada erstreckt sich die Generallizenz auf sämtliche europäischen und überseeischen Staaten. Da im Aufstiegsstadium der neuen Gesellschaft eine ganze Reihe führender Textilfabrikanten vertreten ist, ergibt sich die interessante Tatsache, daß die Textilindustrie sich selbst an einem Unternehmen beteiligt, das ausschließlich für Maschinenlieferungen an Textilbetriebe in Frage kommt.

Wachsende Ausfuhr von Motorrädern. Die Außenhandelsbilanz für den August weist mit einer Einfuhr von 516 (im Vorjahr 995) und einer Ausfuhr von 759 (im Vorjahr 303) Motorrädern einen Ausfuhrüberschuß auf. Auch das Gesamtergebnis der ersten acht Monate des laufenden Jahres mit einem Einfuhrüberschuß von nur noch 807 Motorrädern gegenüber 3631 in der gleichen Zeit des Vorjahres deutet auf eine allmähliche Aktinierung dieses Teiles der Außenhandelsbilanz hin, zumal die ständig wachsende deutsche Produktion einen erheblichen Teil des Inlandmarktes zurückgewinnen konnte. Die Stärke der deutschen Produktion beruht auf dem Kleinratrad (200 Kubikzentimeter). England exportiert in der Hauptstraße Räder mittlerer Stärke (350 Kubikzentimeter) und Amerika ausgesprochen schwere Maschinen, ein Typ, dessen Stellung auf dem europäischen Markt durch die starke Konkurrenz des Kleinrautes zurückgedrängt zu werden droht.

Australische Zuckerbaupläne. — Noch mehr Zucker! In Brisbane (Australien) ist eine Gesellschaft mit einem Kapital von einer Million Pfund Sterling gegründet worden, die 20 000 Acres Land zur Anlage von Zuckerpflanzungen auf New-Quinea erwerben will. Die Gesellschaft wird den Anbau von Zuckerröhren mit Hilfe schwarzer Arbeitskräfte betreiben.



## Ein Maler der Bourgeoisie

### Zum heutigen 100. Geburtstag von Ludwig Knaus

Wenn wir uns an seinen 100. Geburtstag des einst so berühmten Malers Ludwig Knaus erinnern, so geschieht es mit einem Gefühl starker Fremdheit. Was Knaus zu einem Repräsentanten seiner Zeit gemacht hat, ist gerade das, was wir heute von der Kunst zu allererst erwarten: freundliche Belehrung, literarische Anecdote und Unterhaltbarkeit des Inhalts. Die Zeiten haben sich sehr gewandelt, das Verständnis für eigentlich künstlerische Werte hat sich im letzten Menschenalter ganz unseufzbar gehoben; und zu allen anderen Gründen der Distanzierung zu dieser Malerei der Grüninger, Knaus, Dezzogger und L. v. Werner kommt das Gefühl, daß sie Vertreter einer extrem bourgeois Besinnung sind, die längst am Aussterben ist.

Daß wir gleichwohl seiner gedenken und mit Gewinn hinabtauchen in jene Jahrzehnte um 1870, die Knaus erhoben haben, liegt nicht nur an der unseufzbar malarischen Qualität seiner Jugendwerke bis 1860, sondern gerade auch an seiner typisch bürgerlichen Einstellung zum Leben. Denn an diesem, was einmal galt und was nun schon historisch wirkt, können wir lernen, wie Leben und Kunst nicht sein dürfen: das ist ein unbestrittenes Verdienst solcher Gegenbeispiele. Ich leugne nicht, daß ich die Bilder dieser Genremaler stets mit größtem Vergnügen betrachte. Es ist freilich kein ästhetisches, sondern ein Vergnügen der kritischen Vernunft, die den vergangenen sozialen Zustand in solchen eindeutigen Schilderungen äußerst lebhaft und abschreckend durchschauen läßt.

Künstlerisch hat Knaus zunächst sogar revolutionär gewirkt. Am 5. Oktober 1829 in Wiesbaden geboren, kam er schon 1845 an die Düsseldorfer Akademie, lernte aber weniger von der dortigen lebendigen Historienmalerei, als an den Vorbildern der alten Holländer wie Ostade und Brouwer, und erregte mit seiner realistischen weichen und stoffbezeichnenden Malweise so großen Widerspruch vor allem bei dem hochmütigen Akademiedirektor Wilhelm Schadow, daß er im Revolutionsjahr 1848 die Düsseldorfer Kunstschule für immer verließ und sich, erst 19jährig, selbständig machte. Er begab sich in das heftige Dorf Billingshausen und studierte dort die Natur, d. h. er malte Bauern und Kinder mit der Absicht, sie zu Genrebildern zu verwerten; mit solchem Erfolg, daß ihn sein erstes größeres Bild „Heftiger Bauernanzug“ von 1849 mit einem Schloge in ganz Deutschland berühmt machte und den Zwanzigjährigen an die Spitze der sogenannten Realisten stellte; d. h. der Anecdotenmaler, die sich im Gegensatz zu der offiziellen Songeweise der bleibenden Ritterschichten wenigstens im Detail an die Natur hielten.

Er hat dann wenigstens bis in den Anfang der 60er Jahre diese Naturtreue in freier toniger Malerei festgehalten, nicht bloß in Bauern-, Kinder- und Zigeunerbildern, sondern vor allem auch in Porträts (von denen einige, wie der ausgezeichnete Waagen, in der Nationalgalerie hängen), die zweifellos das Beste und Feinste seiner ganzen Kunst darstellen — nicht zu verwechseln mit den schrecklichen Porträtmäskinen seiner späteren Zeit, wie z. B. dem

Rommlen, die durch sinnlose Abbildung von Neuherrlichkeiten auf harmlose Gemüter zu wirken versuchen.

Um dieser Frühbilder aus den 40er und 50er Jahren willen ist Knaus denn auch als Maler ersichtbar zu schätzen. Aber es sind nicht allzu viel Bilder, an denen man sich widerspruchlos erfreuen kann.

Denn das ist das Kennzeichnende an seiner Entwicklung, daß er mit seinem ersten Auftreten, seiner ersten Stoffwahl sogleich ins Zentrum des allgemeinen Wohlgefallens trat; daß er seine Bauern- und Kinderbilder, seine Schilderungen von humorvoll tristen Existenzen der Landstraße und von der Großstadt aus unentwegt weitermalen konnte und mußte, von der Volksgunst und vor allem von der Kunst kaufkräftiger Schichten getragen und genötigt; daß er eigentlich niemals zur Besinnung gekommen ist über Wert oder Unwert seines Genres. Knaus fand, wie Dezzogger, instinktiv sofort das allen Jugende in der Wahl seiner Stoffe; und dies schon 1849. Er ist der stärkere Vertreter der bourgeois Auffassung vom Leben: es ist beinahe gleichgültig, ob er in dem ersten Dugend Jahre seiner Tätigkeit gut gemalt hat und erst nach 1860 (vor allem, seit er 1874 endgültig nach Berlin übersiedelte) immer mehr ins Fahrwasser akademischer Routine geraten ist, die ihn bis zu seinem Tode am 7. Dezember 1910 in Berlin treulich geleitet hat.

Diese allgemeine Anerkennung in der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts hat Knaus schwer gebüht mit seiner posthumen und, man muß sagen, innerlich gerechtfertigten Mißachtung. Denn er gehörte mit Haut und Haaren jener Epoche eines „verrückten Optimismus“ an, die Schopenhauer voraussehend gebrandmarkt und verworfen hat; er ist einer der stärksten Exponenten der Bürgermoral, die nicht ins Weite der Dinge dringt, sondern sich an ihrem schönen Schein ohnmächtig und oberflächlich ergötzt. Man kann vom Dornbusch nicht Feigen verlangen; das Genrebild der Knaus und Grüninger ist der lebendige Abglanz einer Zeit, die es nicht besser wußte, die den Schrei der Kreatur nicht hören konnte und sich nur an den grotesken Fragen des Bajazzo ergötzt. Man betrachte alle Bilder von Knaus auf ihre soziale Grundlage hin, und man wird mit Erschütterung feststellen, daß er überall, bei Schusterjungen und Schwärmer Bauern, beim Leierkastenmann, beim Seilsänger, Hausierer oder Zigeuner, über das Menschliche mit unerschöpflicher Leichtfertigkeit hinweggleitet, die innere Not der Menschen nicht bloß mißachtet, sondern ihre komische Außenwelt auch zu einer helleren Verdrängung der Menschenqual umfächelt, mit einem entsetzlichen Optimismus, der nicht sehen will und nicht sehen kann, was in dem Menschen überlebt.

Uebersehen wir diese furchtbaren Mißverständnisse, die aus dem eigentlich Tragischen das Amüsante zahlungsfähiger Speicher destillieren, so müssen wir wohl unsere Zeit für besser halten, die an sich durchaus nicht ideal geworden ist, aber dies Eine wenigstens, diesen blühigen Hohn über Erniedrigte und Bedrückte, offenbar nicht mehr gestattet.  
Dr. Paul F. Schmidt.

## Henry Williamson: Tarka geht auf Jagd

Von dem im Verlage Dietrich Reimer, Berlin, erscheinenden Werk „Tarka der Otter“ sein lustiges Leben im Wasser und sein Tod im Jahre der zwei Flüsse, von Henry Williamson, entnehmen wir mit Genehmigung des Verlegers folgenden Abschnitt.

Eines Abends, als die Bojen im Kanal sich durch den Druck der Ebbe westwärts neigten und die Seemöwen still und tief über dem Meere flogen, den dunkelnden Klippen der Landzunge zu, begaben sich Tarka und Gremmuzzie auf eine Reise. Sie waren den Bach den Fluß hinauf gefolgt, und Gremmuzzie war mit einer bestimmten Absicht wieder zurückgekommen. In der klaren Luft blinnte das funkelnde Auge des Leuchturms, der wie ein hoch aufragender, gelblicher Knoden am Rande der Dünen stand. Die Fischottern ritten auf den wirbelnden Wellen, die das Kielwasser eines Segelbootes bildete, stromabwärts, und das Brausen des Wassers in der Barre klang immer lauter. Trübe und umwölbt war der Tag hinter dem von grauen Wellentäumen gezackten Horizont verschwunden und hatte einen bleichen Schein auf dem kalten Meer zurückgelassen.

Die Wellen hoben und senkten sich unter dem kleinen Segelboot, das die weiße Brandung der Barre von seinem Bug fortstieß. Ein Wellentamm schob sich unter seinen Kiel, und es stürzte in ein Wellental. Links stieg eine Rebellwand hoch und schwebte über einer grauen Klippenreihe, auf welcher das Brod eines Lorches lag. Das zerstückelte Brod hatte schon seit Jahren da gelegen, wie Fragmente eines in einem Spinnengewebe gefangenen Käfers. Ein hoher Seegang, der den fliegenden Gift weit über das Moorland schleuderte, hatte das Boot auf die Klippen geworfen. Am Tage schlofen Tarka und Gremmuzzie bedächtig zusammengerollt auf den von den Wellen glattgeschliffenen Steinblöcken, die manche Sturzsee dorthin gewälzt hatte.

Zwei Stunden nach Mitternacht waren die Fischottern schon zehn Kilometer weit an der kühlenden Küste entlanggeschwommen und hatten die Bucht in der Landzunge erreicht, an die sich Gremmuzzie noch erinnerte, denn sie hatte sie aufgesucht, als sie das Leben ihrer Jungen in sich fühlte. Die Flut hatte diese Wasserlöcher zwischen den Felsen zurückgelassen, die die Fischottern nach Schleimfischen, Meergrundeln und anderen kleinen unter dem Seetang lauerten Fischen ablichten. Sie fingen Steingarnelen, deren Schwänze sie zuerst fraßen; die Köpfe ließen sie immer liegen. Von den Felsen rissen sie mit den Zähnen die Röhrenschalen herunter, die sie mit den Worten festhielten, um sie aufzutun und das Tier herauszuschöpfen. Während Gremmuzzie einen Sandaal herausbuddelte, durchsuchte Tarka einen tiefen Puhl, in dem ein Hummer lebte, der nur eine Schere besaß. Dieser lag zwei Meter tief im Felsen versteckt, am äußersten Ende einer Felspalte, die so schmal war, daß Tarka nicht hineinschwimmen konnte. Niemals versuchte er, den Hummer mit der Vorderpfote, deren Klauen schon durch das viele Scharen im Kies und Sand sehr stumpf geworden waren, herauszuholen, und in seinem Ätzer, die Beute zu erwischen, riß er mit den Zähnen den Seetang von der Felswand herunter. Der Hummer war schon sehr oft in seinem Leben belästigt worden, denn fast jeder Mensch aus den umliegenden Dörfern hatte versucht, ihn mit langen Stöcken, an deren Enden Haken befestigt waren, herauszuholen. Das Tier hatte bereits so viele Scheren verloren, daß jetzt — nachdem ihm

neun gewaltsam abgerissen worden waren — keine mehr hatte nachsehen wollen. Sein Hauptziel war ein alter Mann, der mit Raminchenellen handelte. Jeden Sonntagmorgen ging dieser zur Zeit der Ebbe nach dem Bassertümpel hinunter und warf den Balg und das Eingeweide eines Raminchens in das Wasser, um den Hummer aus der Luft herauszulocken. Der Hummer war jedoch zu schlau, und darum lebte er noch.

Am Tage ruhten sich die Fischottern auf einem Felsengestein in der Höhle unter der Sandspitze aus. Hier wohnte auch Jarrt, der Seehund, der immer, wenn er sie kommen hörte, auf eine hieseliegende Felsenspalte herunterkumpelte. Manchmal schwamm Tarka in den tieferen Tümpel der Höhle umher, legte sich auf den Rücken, um nach den Tropfen eisenhaltigen Wassers zu schnappen, die vom Felsendach herunterrieseln. Aber das tat er nur, wenn Jarrt fort war und im Meere nach dem Riesenaal jagte, dort wo die Felsen, die das Volk „Wairofenprung“ nennt, Wucht aus der Flut rissen.

Dieser Riesenaal, der größte in der Gegend, war niemals gefangen worden, denn jedesmal, wenn er Jarrt, seinen Feind, sah, versteckte er sich tief unten im trockengrünen Wasser, in einem Loch im felsigen Grund des tiefsten Bassers, wo die mit Muscheln bedeckten Kanonen eines vor hundert Jahren gesunkenen Kriegsschiffes lagen. Wenn kein Seehund in der Nähe war, pflegte der Naal aus seinem Loch herauszukommen, und ohne zu blinzeln, ins Wasser zu springen und auf Höhe zu lauern, die er verfolgte und verschlang. Eines Morgens, als Tarka nach einer stürmischen Nacht großen Hunger verspürte und den Seetang fünf Meter tief unter der schimmernden Oberfläche nach Futter abuchte, glitzerte etwas über ihm, und als er hinaufschah, erblickte er einen schmalen Kopf mit einem langen gebogenen, deutigeren Schnabel und zwei große, mit Schwimmhäuten versehene Füße, die jeden Augenblick bereit waren, ein Opfer zu umklammern. Es war der Schlangenhalsvogel, dessen ölige, grün-schwarze Federn ein sonderbar bleiches Licht verbreiteten. Wöglich suchte der glatte, schmale Kopf, und ein Pollack, der unter ihm schwamm, hielt das Hinterrück seiner Federn für einen kleineren Fisch. Der Pollack wandte sich, damit er hinaufschwimmen und den Fisch packen könnte. Der Schlangenhalsvogel sah das Blitzen seiner Flossen im selben Augenblick wie Tarka. Mit trägen Stößen seiner Füße schoß der Vogel abwärts, dem Pollack nach, schneller als ein Otter schwimmt. Seine Federn glitzerten und glänzten, als er dem Fisch nachjagte. Der Naal sah jetzt ebenfalls den Pollack und löste seinen muskulösen Schwanz von einer hervorpringenden Felsenspitze, um die er ihn gewunden hatte, um sich festzuhalten. Der Naal war länger, als ein erwachsener Mann groß ist, und sein Körper war dicker als Tarkas. Er wog neunzig Pfund. Er schlängelte sich um die mit Seetang bedeckten Schiffsbalken, und als er vorüberglitt, verdeckten sich die Krabben in den Rindungen der Kanonen.

Vogel, Otter und Fisch bildeten zusammen einen jagenden Pfeil, dessen Spitze der schimmernde Pollack war, der Naal der biegsame Schacht, während der Otter und der Schlangenhalsvogel die Widerhaken bildeten. Der Vogel mit dem gebogenen Schnabel schwamm mit lang ausgestrecktem Hals, fangbereit, während Luftbläschen aus seinem Schlund strömten. Der Pollack wandte sich Tarka zu, der sich sofort umdrehte und ihn verfolgte. Jetzt wirbelte der Vogel mit

einer jähen Schwentung seiner vierzehn kurzen, heißen Schwanzfedern und einer nach oben gerichteten Schwimmbaum herum. Der Pollack schoß eine Weile, mit Seetang bewachsene Felswand herunter, aber als er Tarka unten begegnete, schwamm er wieder hoch und wurde von dem Schlangenhalsvogel gepackt.

Die jagende Pfeilspitze drückte sich in einem förmlichen Wirrwarr von Seetang und Luftbläschen, die zur Oberfläche stiegen, gegen den Felsen. Der Riesenaal hatte dem Vogel den Nacken durchgebissen. Flügel flatterten, und ein knarrender, gedämpfter Schrei erklang, wie das Geräusch von Luft, die einer Flasche entweicht. Tarka sperrte das Maul weit auf, aber sein Gebiß konnte die dicke Haut des Naals nicht durchdringen. Die Dunkelheit nahm zu, denn jetzt begann sich eine undurchsichtige Flüssigkeit dort auszubreiten, wo vorher Bewegung gewesen war.

Kun sah Jarrt, der Seehund, der am Fuße eines Fessens nach Futter gesucht hatte, den Kopf eines Fischotters aus dem Wasser auftauchen, und als er sich gerade umdrehte, um auf ihn zuzuschwimmen, erblickte er den Riesenaal, der durch seine wollenden, zappelnden Bewegungen die Undurchsichtigkeit — das Blut des Schlangenhalsvogels, das das düstere Grün des Wassers rötlich färbte — vertrieb. Der Naal hielt den toten Vogel zwischen den Klauen. Die Wolke unter dem Wasser wurde schließlich von den wirbelnden Flossen des Seehundes völlig zerstreut, als dieser dem Naal nachjagte. Der Naal ließ den Vogel fallen, und die Felsenspalte nahm ihren grauen Bewohner wieder auf. Jarrt schwamm mit ammutigen Bewegungen seines glatten geschmeidigen Körpers an die Oberfläche, um Luft zu schöpfen. Dort erblickte er Tarka, der ungefähr zehn Meter von ihm entfernt war. „Wuff—wuff“, sagte Jarrt übermütig. „Ja—ja“, rief Tarka erschrocken. Der Pollack entkam, und bald darauf fraß er zusammen mit anderen Fischen den vom Krabben angeknabberten Kadaver eines Schlangenhalsvogels.

### Flugzeug über die Taiga

Noch bis vor kurzem konnte man die 2700 Kilometer lange Strecke Irkutsk—Jakutsk nur im Winter zurücklegen, wenn der bestenweise kumpfige und morastige Boden fest zugefroren war und mit Schlitten befahren werden konnte. Eine solche Reise entbehrte jeder Annehmlichkeit; man stellte sich vor, was es bedeutet, bei schrecklicher Kälte volle drei Wochen unterwegs zu sein und nicht weniger als hundertvierdreißigmal Pferd, Rennstier oder Fußwert wechseln zu müssen. Nachdem nun im Sommer Flugversuche mit deutschen Wasserflugzeugen erfolgreich verlaufen waren, konnte man an die Einrichtung einer Verbindung für den Winter gehen. Drei Flugzeuge vom Typ der „Bremen“, mit der Hünefeld und Koebel ihren Flug nach Amerika ausführten, wurden zur Eröffnung der Linie nach Irkutsk gekauft. Die Motore haben 310 PS, entwickeln eine Stundenleistung von 200 Kilometern und können bis zu 1300 Kilogramm Last an Bord nehmen. Der Flugplatz von Irkutsk liegt am Angarastuß. Der Flug selbst stellt an den Piloten, der bei einer durchschnittlichen Kälte von 60 Grad eine Geschwindigkeit von 200 Kilometern in der Stunde einhalten muß, die größten Anforderungen; er schippt sich gegen die eilige Luft, so gut er kann. Obwohl ich auf einiges vorbereitet war, verblüffte mich im ersten Augenblick doch der Anblick des Piloten,“ schreibt der bekannte russische Sibirienforscher D. Bruckow in einem russischen Blatt. „Man stelle sich einen auf den Hinterbeinen stehenden Bären, in ein Schaffel gewickelt, vor. Das Gesicht, in eine Wollmasse gehüllt, erscheint wie eine schreckliche Frage. Der Pilot trägt soviel Polz am Leib, daß er sich kaum bewegen kann. Trotzdem hat er Unfähigkeit unter den furchtbaren Temperaturen des sibirischen Winters zu leiden.“

Die letzten Formalitäten sind erledigt, und unser Flugzeug erhebt sich in die Lüfte. Bald liegt Irkutsk tief unter uns, während im Osten die weiße Linie des Baltisees zwischen schwarzen Bergketten schimmert. Wir überfliegen ausgebreitete Gebirgsplateaus, die den Angarastuß von der Bena trennen. Immer höher schraubt sich das Flugzeug, um das Beresofoj-Bergmassiv zu überqueren. Es geht über die waldigen Höhen, hinter denen die Bena auflaucht, deren Lauf wir im Fluge verfolgen. Die Baikalsee verschwinden im Nebel. Gegen Sonnenuntergang landen wir in der Siedlung Ust-Kut, wo sich ein Solbergwerk befindet. Mitten in der Schneewüste hat sich europäische Zivilisation mit Theater und Kino heimisch gemacht. Am nächsten Tag geht es weiter. Wir fliegen über die unbekannteren Wilkimer-Berge. Der Pilot will unbedingt noch am selben Tage Oelminsk erreichen, und er schafft es tatsächlich. Hier schließt sich noch ein Passagier, ein Jakute, an. Der Flugverkehr ist hier bereits populär. Man bietet, ein Flugzeug zu dem „Frauentag“ in Jakutsk nach Oelminsk abzufahren, um 25 Jakutenraum nach Jakutsk zu befördern, wo eine Tagung des Frauenverbandes zur Emanzipierung der Jakutenfrau stattfinden soll. Wir fliegen weiter und müssen 300 Kilometer vor Jakutsk wegen eines Motorenbefehles notlanden. Der Pilot ist verzweifelt. In zwölf Jahren Arbeit bei dem Dobrolet, der Sowjetrussischen Fluggesellschaft, hat er 450 000 Kilometer ohne einen einzigen Unfall zurückgelegt. Jetzt muß er beim Flugzeug bleiben, während die Passagiere auf Rennstieren nach Jakutsk befördert werden. Jedenfalls bedeutet die Eröffnung des Flugverkehrs eine neue Ära für Jakutsk. Mostau, das ebendort frühestens in einem Monat zu erreichen war, rückt näher; heute gelangt man in acht Tagen nach der Hauptstadt. Nach der Eröffnung der Luftlinie Mostau—Irkutsk wird die Flugdauer nur noch fünf Tage betragen. Die Einwohner von Jakutsk, die sonst Post und Zeitungen mit einem Rennstier bespätung bekamen, fühlen sich jetzt beinahe in Europa und spüren den Segen des technischen Fortschrittes, der die Erde immer kleiner werden läßt und das Tempo des Lebens beschleunigt.“

### Sonderbare Staaten

Der kleinste Staat der Erde ist der neugegründete Vatikanstaat, er hat nur 382 Bürger. Der erste ist Seine Heiligkeit, der letzte ist erst vor einiger Zeit auf die Welt gekommen. Das Gebiet der Vatikanstadt ist übrigens einer der am meisten vernachlässigten Quartiere von Rom, es bietet einen geradezu ständischen Anblick.

Eine andere „Sensation“ bietet Monaco. Dieser Staat von 21 Quadratkilometern hat immerhin 22 150 Einwohner, die, wie bekannt, keine Steuern zahlen müssen, da die Fremden in der Spielbank genug verlieren. Aber dafür hat der Besitzer der Spielbank, nämlich der Fürst, ihnen bis heute kein Parlament gewährt, sondern sie „absolut“ regiert. Aber die Monarchen wollen ein Abgeordnetenhaus, sie schwärmen geradezu für den Parlamentarismus. Der Fürst und Spielbankbesitzer, aus begreiflichen Gründen, schaut so offene Regierungsformen. Er hat sich aus seinem „Reich“ hinweg ins benachbarte Frankreich begeben, um dort zu schmollen. Aber er wird nachgeben müssen. ...



